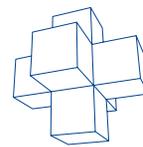


FDP
Die Liberalen



SCHWEIZER FREISINN

Unter Freisinnigen Aus den Kantonen	2 5	Brennpunkt Dossier	7 10	FDP-Frauen Fraktion	14 16	Jungfreisinnige FDP.Die Liberalen International	18 22
--	--------	-----------------------	---------	------------------------	----------	--	----------

32. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

Inhalt

Raphaël Comte – Ständerat

Er hat im Januar alle beeindruckt: Erst 30-jährig, wurde der Neuenburger Raphaël Comte für die FDP.Die Liberalen in den Ständerat gewählt.

Seite 2

Streitgespräch zur Gesundheitspolitik

Hohe Behandlungsqualität, aber explodierende Kosten: Im Gesundheitswesen sind Reformen gefragt. FDP-Ständerat Felix Gutzwiller und seine sozialdemokratische Ratskollegin Simonetta Sommaruga diskutieren.

Seite 10

«Unsere Unterstützung hat Grenzen»

Parteipräsident Fulvio Pelli forderte an der Delegiertenversammlung von der Wirtschaft, ihre Verantwortung auch bei Löhnen und Boni wahrzunehmen: «Die wenigen Unternehmen, die nicht hören und handeln wollen, schaden der ganzen Wirtschaft.»

Seite 23

«Schweizer Freisinn» in frischem Kleid

Auf das neue Jahr hin wurde der «Schweizer Freisinn» gestalterisch leicht überarbeitet. Das Layout wurde ausserdem an den einheitlichen grafischen Auftritt seit der Gründung der FDP.Die Liberalen angepasst. Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen!



Für eine gesicherte Rente auch in Zukunft.

BILD: NZZ

JA zur sicheren Altersvorsorge

Wir dürfen die Warnungen nicht ignorieren und den Kopf in den Sand stecken wie die linken Parteien: Die Altersvorsorge steckt in Schwierigkeiten. In den letzten Jahrzehnten sind die Menschen immer älter geworden. Unser Pensionskassenvermögen muss

also länger reichen. Ausserdem sind die Renditeerwartungen für die Pensionskassen zu hoch ausgelegt – bei der Geldanlage müssen grosse Risiken eingegangen werden.

Die Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes ist deshalb notwendig und

gerecht. Nur so kann die 2. Säule für die Zukunft gerüstet werden und kommenden Generationen eine sichere Rente garantieren. Lesen Sie die Argumente und Hintergründe zur Abstimmung im aktuellen «Freisinn».

Seiten 2, 3, 6, 7

Abstimmung vom 7. März

Ein Akt der Verantwortung für die Zukunft

Wir haben in der Schweiz eine wirkungsvolle, kluge und stabile Altersvorsorge, um die uns viele andere Länder beneiden.

Von Bundesrat Didier Burkhalter

Sie ist wirkungsvoll, weil sie Armut und Not im Alter fast vollständig zum Verschwinden gebracht hat. Sie ist klug, weil sie Solidarität und Verpflichtung mit Selbstvorsorge und Eigenverantwortung kombiniert. Und sie ist stabil, weil sie nicht nur auf einer, sondern auf drei Säulen steht: der AHV, der beruflichen Vorsorge und der Selbstvorsorge. Alle drei Säulen haben ihre ganz bestimmten Vorteile und werden regelmässig an veränderte Rahmenbedingungen angepasst.

Die ersten beiden Säulen müssen besonders robust sein: Die AHV, die erste Säule, funktioniert nach dem Umlageverfahren, sie baut auf der So-



Didier Burkhalter

lidarität zwischen Aktiven und Pensionierten, womit die Entwicklung der Demografie eine wichtige Rolle

spielt. Die berufliche Vorsorge, die zweite Säule, funktioniert nach dem Deckungskapitalverfahren und basiert auf dem Willen, für das eigene Alter genug auf die hohe Kante zu legen.

In der zweiten Säule bauen die Versicherten während ihrer Erwerbszeit kontinuierlich ihr Altersguthaben auf, mit Lohnbeiträgen und Zinsen. Zum Zeitpunkt der Pensionierung wird das vorhandene Altersguthaben entweder ausbezahlt oder in eine Rente umgewandelt. Zur Berechnung dieser Rente dient der Umwandlungssatz.

Der Umwandlungssatz seinerseits ergibt sich aus den Annahmen zur Lebenserwartung und zur Entwicklung des Kapitalmarktes. Diese beiden Faktoren sind seit einigen Jahren nicht die

gleichen geblieben. Erstens sind die Erträge am Kapitalmarkt nicht mehr so hoch; das Sparkapital schmilzt nach der Pension also schneller als früher. Zweitens ist die Lebenserwartung kontinuierlich und spürbar gestiegen. Das gesparte Alterskapital muss also länger reichen.

Die Anpassung des Umwandlungssatzes ist notwendig, um die jüngere und erwerbstätige Bevölkerung nicht in Zukunft mehr zu belasten. Ein Ja in der Abstimmung vom 7. März ist ein Ja zur «sozialen Sicherheit» im wahren Sinn des Wortes. Es ist ein Akt der Verantwortung für die Zukunft.

Der Jüngste seit 100 Jahren

Raphaël Comte – Senkrechtstarter im Ständerat

Was für ein Jahr für die Neuenburger Kantonalpartei! Im vergangenen Frühling holt die *FDP.Die Liberalen* gleich 3 von 5 Sitzen im Regierungsrat und gewann auch im Kantonsparlament. Im Herbst wurde ihr Aushängeschild Didier Burkhalter in den Bundesrat gewählt. Und wenige Monate danach gewinnt das erst 30 Jahre alte Talent Raphaël Comte die schwierige Wahl um die Nachfolge des neuen Magistraten im Ständerat – gegen die etablierte Konkurrenz von linker und rechter Seite.

Der neue Vertreter Neuenburgs in der Kleinen Kammer ist der jüngste Ständerat seit 100 Jahren! Dennoch hat Comte bereits grosse politische Erfah-

rung. Mit 20 wurde er ins Gemeindeparlament gewählt, 1 Jahr später war er bereits der jüngste Abgeordnete im Grossen Rat des Kantons. Als Präsident der FDP Neuenburg realisierte er die Fusion mit den Liberalen, später war er Präsident des kantonalen Gemeindebundes. Und nun bereits der nächste Schritt mit grossem Tempo.

Nach Christa Markwalder (2003) und Christian Wasserfallen (2007) hat also schon wieder ein junger FDP-Politiker den Sprung in das eidgenössische Parlament geschafft. *FDP.Die Liberalen* wünscht Raphaël Comte für diese spannende Aufgabe alles Gute und viel Erfolg!



Raphaël Comte

BILD: KEYSTONE

Weitere Wahlerfolge der *FDP.Die Liberalen* in den letzten Monaten:

November	Obwalden	Gewinn eines 2. Sitzes im Regierungsrat
November	Schaffhausen	Christian Amsler verteidigt Sitz im Regierungsrat
September	Glarus	Gewinn aller drei Gemeindepräsidien im Kanton
Juni	Luzern	Gewinn eines zusätzlichen Sitzes im Stadtparlament
April	Neuenburg	Gewinn von drei von fünf Sitzen im Regierungsrat; ein zusätzlicher Sitz im Grossen Rat

Linke Rentendiebe stoppen!



Aktuell

Grossratswahlen im Kanton Bern

Am 28. März 2010 finden im Kanton Bern Grossratswahlen statt. Aus der *FDP.Die Liberalen Service Public* stellen sich Beatrice Lüthi und Beat Schlatter zur Wahl. Der langjährige Grossrat Sylvain Astier kandidiert für den Regierungsrat. Wir stellen die drei Kandidierenden hier in Kurzporträts vor.



Sylvain Astier



Beat Schlatter



Beatrice Lüthi

www.d.astier.ch

Verheiratet, 2 Kinder (2 Söhne)
Geburtsdatum: 14. April 1975
Wohnort: Moutier (BE)
Heimatort: Rüscheegg (BE)

Beruflicher Werdegang

Schulen in Frankreich (Auslandschweizer)
Lic. iur. Universität Paris
Postgrade in Völkerrecht Universität Genf
1999–2001 Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesamt für Migration
2001–2005 Stv. Sektionschef beim Bundesamt für Migration (BFM)
2005–2008 Sektionschef beim BFM (verantwortlich für Westafrika)
seit 2009 Abteilungschef beim BFM (verantwortlich für die Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes für Asylsuchende), verantwortlich für mehr als 100 Mitarbeiter

Politische Arbeit

seit 1996 Mitglied der *FDP.Die Liberalen*
2002–2006 Mitglied des Regionalrats des Berner Juras und Biel
seit 2002 Mitglied des Grossen Rates
seit 2002 Mitglied der Assemblée Interjurassienne
seit 2002 Mitglied des Stadtrats von Moutier
seit 2006 Präsident der FDP Berner Jura
seit 2004 Präsident der FDP Sektion Moutier und Umgebung
seit 2008 Vizepräsident der *FDP.Die Liberalen Kanton Bern*
2006–2007 Präsident der Deputation und Mitglied des Büros des Grossen Rates

www.beat-schlatter.ch

In fester Beziehung lebend
Geburtsdatum: 18. April 1963
Wohnort: Thun
Heimatort: Hemmental SH und Zürich

Ausbildung

– In Ausbildung zum Executive Master of Business Administration (mit Vertiefungsrichtung Global Leadership)
2008–2009 Bachelor of Applied Science in Management (BASc)
2006–2007 Höheres Wirtschaftsdiplom HWD VSK
2004 Prüfungsexperte SVF (Leadership)
1995 Eidg. dipl. Berufsunteroffizier
1988 Handelsdiplom
Diverse Weiterbildungen im Bereich Erwachsenenbildung, Leadership, Methodik, Didaktik, Andragogik

Beruf

Seit 1.1.2009 verantwortlich für den Bereich der Munitionssteuerung des Heeres
1994–2008 Berufsunteroffizier der Schweizer Armee

Politische Tätigkeit

– Vizepräsident der *FDP.Die Liberalen Service Public*
– Mitglied der FDP-Fachkommission «Armee / Äussere Sicherheit»
– Vertreter *FDP.Die Liberalen Service Public* in der Parteipräsidentenkonferenz der FDP Schweiz
– Delegierter FDP Schweiz
– Vizepräsident der Wahl- und Abstimmungskommission der Stadt Thun Mitgliedschaften

beatrice.luethi@fdp-oberaargau.ch

Ledig, in langjähriger fester Beziehung
Geburtsdatum: 5. August 1964
Wohnort: Langenthal
Heimatort: Rüderswil (BE)

Ausbildung

Obligatorische Schulzeit und Gymnasium im Oberaargau
Ab 1983 Studium an der Universität Bern, 1990 Staatsexamen Fürsprecherin
1994–2001 Zahlreiche Kurse in Rechtsetzung
2005–2008 Berufsbegleitendes Nachdiplomstudium in Verwaltungsmanagement an der Universität Bern, Abschluss 2008 als Executive Master of Public Administration (Exec. MPA Unibe)

Berufliches

1991–1993 Assistentin von Prof. Paul Richli für Staats- und Verwaltungsrecht an der HSG St. Gallen
1993–1994 Juristische Mitarbeiterin in der Rechtsabteilung der Landwirtschafts- und Forstdirektion (resp. Volkswirtschaftsdirektion) des Kantons Bern
1994–2001 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Direktionsstab des Bundesamtes für Landwirtschaft
2001–2004 Fachreferentin für Staats- und Verwaltungsrecht im GS EJPD (BR Metzler-Arnold)
2004–2009 Chefin Stab, Kommunikation, Logistik im Informatikstrategieorgan Bund (GS EFD)
Seit Juli 2009 Referentin Justiz im GS EJPD (BR Widmer-Schlumpf)

Aktuelle politische Tätigkeiten

– Vizepräsidentin der FDP Langenthal
– Mitglied des Stadtrats (Legislative) Langenthal
– Mitglied der Sozialkommission (Fürsorge- und Vormundschaftsbehörde) Langenthal
– Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit Langenthal
– Delegierte FDP Kanton Bern
– Ersatzdelegierte FDP Schweiz

Jubiläum

FDP Ausserrhoden – 100 Jahre gute Politik

Vor 100 Jahren wurde in Appenzell Ausserrhoden eine kantonale FDP gegründet. Das grosse Jubiläum feiert die Kantonalpartei mit drei Anlässen und einem eigens gestalteten Jubiläumslogo.

Kevin Friedauer,
Geschäftsführer FDP AR

Im Jahr 1910 wurde die FDP in Appenzell Ausserrhoden ins Leben gerufen. Damit begann eine Erfolgsgeschichte, die natürlich nicht immer geradlinig verlief. Aber sie ist bis heute prägend für den Kanton geblieben. Die breite Verankerung in der Bevölkerung und die Vertretung auf allen politischen Ebenen im ganzen Kanton bildeten denn auch die Grundlage, um das Jubiläumsjahr unter das Motto «100 Jahre gute Politik für unseren Kanton» zu setzen. Äusseres Zeichen des Jubiläums ist ein spezielles Jubiläumslogo, gestaltet von der in Gais lebenden Caroline Noser, die in St. Gallen als geschäftsführende Gestalterin der Werbeagentur Schalter & Walter arbeitet.

Im eidgenössischen Fokus

Drei grosse Anlässe sind rund um das Jubiläum vorgesehen. Den Startschuss gibt die Gewerbeausstellung vom 16. bis 18. April in Walzenhausen. Am Samstag, 19. Juni, lädt die FDP AR zum Parteitag nach Teufen ein. Nach der ordentlichen Delegiertenversammlung am Vormittag sind ab Mittag alle Mitglieder der Kantonalpartei eingeladen, an diesem Jubiläumsanlass dabei zu sein. Speziell freut es die Partei, das «ihr» Bundesrat Hans-Rudolf Merz anwesend sein wird.

Der Parteitag wird zudem die offizielle Geburtstagsfeier der FDP Appenzell Ausserrhoden sein. Nebst allen Mitgliedern der Ortsparteien werden zahlreiche namhafte Politiker aus Ausserrhoden und den umliegenden Kantonen erwartet. Schliesslich führt die FDP Ausserrhoden am Samstag, 16. Oktober, die eidgenössische Delegiertenversammlung im Casino Herisau durch. Die Delegiertenversammlung wird zugleich der krönende Abschluss des Jubiläumsjahres sein.



Die FDP hat den Kanton Appenzell Ausserrhoden seit Jahrzehnten mitgeprägt.

BILD: KEYSTONE

Grosser Staatsmann

Gründer der FDP Appenzell Ausserrhoden ist Staatsmann Arthur Eugster aus Speicher. Er war lange Regierungsrat in Ausserrhoden sowie zweimal Landammann. Von 1902 bis 1921 vertrat er Appenzell Ausserrhoden im Nationalrat. Als erster und bisher einziger Ausserrhoder wurde er am

6. Dezember 1915 zum Nationalratspräsidenten gewählt. Bemerkenswert ist auch, dass Howard Eugster, sein Bruder, zwischen 1908 und 1932 ebenfalls dem Nationalrat angehörte – allerdings als Vertreter der SP Ausserrhoden.

In der 100-jährigen Geschichte der FDP AR gibt es wohl noch viel zu er-

zählen. Eine Arbeitsgruppe befasst sich im Moment mit dem Sichten von Akten aus dem Staatsarchiv und der Kantonsbibliothek.

Demografie

Trend zur Langlebigkeit – immer wieder unterschätzt

Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist die Lebenserwartung in der Schweiz nahezu ununterbrochen gestiegen, von gut 40 Jahren (1876) auf über 80 Jahre (2008). Aufgrund kulturpessimistischer Zukunftseinschätzungen wurde der Anstieg der Lebenserwartung immer wieder unterschätzt.

Prof. François Höpflinger

Ende der 1930er Jahre wurde eine massive Zunahme zivilisatorischer Er-



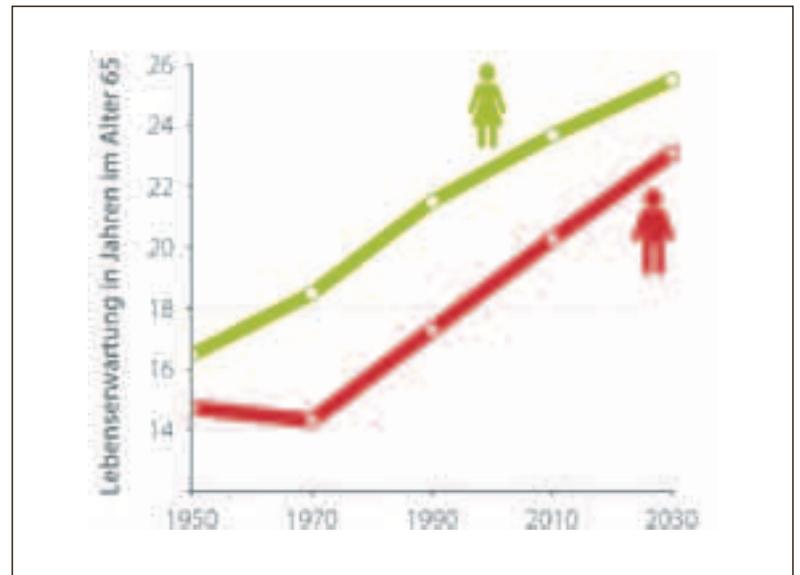
Der Autor

Prof. Dr. François Höpflinger, Titularprofessor für Soziologie an der Universität Zürich. Schwerpunkte der Forschung: Alters- und Generationenfragen.
www.hoepflinger.com

krankungen vorausgesagt, und die Zahl von 90-jährigen und älteren Menschen wurde für das Jahr 2000 nur auf 1900 Personen prognostiziert. Tatsächlich erreichten im Jahre 2000 rund 46 000 der damals schon geborenen Personen ein Alter von 90 Jahren und mehr. Von der Situation im Jahre 1976 ausgehend, projizierte das Eidgenössische Statistische Amt für das Jahr 2000 bei Männern eine durchschnittliche Lebenserwartung von 72,1 Jahren. Faktisch betrug sie im Jahr 2000 schon 76,9 Jahre.

Stärkere Zunahme

In ähnlicher Weise wurde auch die Lebenserwartung der Frauen für 2000 unterschätzt, auf 78,8 statt 81,6 Jahre). Die Uno schätzte 1987, dass im Jahre 2020 in der Schweiz die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen bei 83,6 Jahren und diejenige der Männer bei 77,7 Jahren liegen würden. Beide Werte wurden schon zu Beginn des 21. Jahrhunderts überschritten.



Auch in den letzten zehn Jahren fiel die Zunahme der Lebenserwartung stärker aus als erwartet. Entsprechend wurde für 2030 im Trendszenario 2000–2050 eine Zahl von 67 400

90-jährigen und älteren Menschen vorausgeschätzt, wogegen im aktuellen Trendszenario 2009–2050 davon ausgegangen wird, dass 2030 fast 127 000 Menschen in diese Alterskategorie fallen werden.



Die Menschen werden in der Schweiz immer älter.

BILD: KEYSTONE

Plus 5 bis 2030

Wahrscheinlich ist eine weitere Erhöhung der Lebenserwartung. Wird von einem stabilen Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Sterblichkeit ausgegangen, dürfte die Lebenserwartung in Ländern mit hohem Einkommen bis 2030 um weitere 4 bis 5 Jahre ansteigen. In jedem Fall werden Langlebigkeit und Hochaltrigkeit in Zukunft noch weitaus bedeutsamer sein, als dies schon heute der Fall ist, mit bedeutsamen Auswirkungen auf umlagefinanzierte und kapitalgedeckte Rentensysteme.

Abstimmung vom 7. März

Anpassung des Umwandlungssatzes für Generationengerechtigkeit

Am 7. März geht es in der Volksabstimmung um eine Weichenstellung für die nachhaltige Sicherung unserer Altersvorsorge.

Christa Markwalder,
Nationalrätin *FDP.Die Liberalen BE*

Die Schweiz ist stolz auf ihr 3-Säulen-System zur Absicherung des Lebensstandards im Alter. Um dieses System mit AHV, beruflicher Vorsorge und privatem Sparen werden wir von vielen Ländern beneidet, die sich vorab auf Umlageverfahren wie die AHV abstützen. Damit das 3-Säulen-System langfristig aufrechterhalten werden kann, müssen die verschiedenen Parameter von politischer Seite regelmässig überprüft und allenfalls angepasst werden. Dazu gehört auch der Umwandlungssatz.

Aufgrund der steigenden Lebenserwartung wurde der Umwandlungssatz bereits in der 1. BVG-Revision von 7,05% für Männer und 7% für Frauen auf 6,8% angepasst. Allerdings stellte sich heraus, dass diese Anpassung nicht ausreicht, um die zweite Säule langfristig auf ein gesundes Fundament zu stellen.

Keine willkürliche Anpassung

Deshalb hat das Parlament auf Vorlage des Bundesrats beschlossen, den Umwandlungssatz innerhalb von fünf Jahren auf 6,4% zu senken. Dagegen wurde ein linkes Referendum ergriffen. Diese Senkung erfolgt weder willkürlich, noch ist sie überflüssig – im Gegenteil.

Heute findet in der zweiten Säule eine massive Umverteilung von Erwerbstätigen und Arbeitgebern zu Rentnern statt – bis zu CHF 600 Mio. werden jährlich an Renten ausbezahlt, die von deren Alterskapital nicht erwirtschaftet wurden. Dies ist systemwidrig, da es gerade Sinn und Zweck der beruflichen Vorsorge ist, dass jede und jeder individuell sein Alterskapital anspart und dieses dann mittels des Umwandlungssatzes in Renten umgerechnet wird oder aber als Kapitalbezug nach der Pensionierung ausbezahlt wird.



Die Pensionskassen-Renten müssen auch für kommende Generationen sicher sein.

BILD: KEYSTONE



Christa Markwalder

Aus Sicht der jungen Generation ist es unverantwortlich, den BVG-Mindestumwandlungssatz nicht rechtzeitig zu senken, denn der Status quo produziert Rentenlöcher, die von den Er-

werbstätigen und Arbeitgebern heute und in Zukunft finanziell gestopft werden müssen.

Generationengerechtigkeit

Es kann doch nicht sein, dass die junge Generation für alle Vorsorgelöcher aufkommen muss, die sowohl bei der ersten wie auch bei der zweiten Säule vorhanden oder im Entstehen sind, und zusätzlich die Staatsschulden verzinsen und abbauen muss.

Wollen wir in der Schweiz nicht nur von Generationengerechtigkeit reden, sondern sie auch leben, ist es nötig, den Umwandlungssatz den Realitäten anzupassen.

Die heutigen Rentnerinnen und Rentner sind von der Anpassung des Umwandlungssatzes nicht betroffen

– ihnen wird Besitzstandgarantie gewährt. Deshalb liegt es im Interesse aller Versicherten – von Jung bis Alt – das Vorsorgesystem der zweiten Säule auf eine gesunde und langfristige Basis zu stellen.

Wer sich für eine nachhaltig gesicherte Altersvorsorge in der zweiten Säule einsetzt, stimmt deshalb JA am 7. März.

Gewalt

«Das müssen wir stoppen»

Die Jugendgewalt hat ein besorgniserregendes Ausmass angenommen. Die FDP ergreift Massnahmen: Nationalrat Filippo Leutenegger will Videoüberwachung in Risikozonen.

Um was geht es bei Ihrer Forderung nach Videoüberwachung in Risikozonen?

Filippo Leutenegger: Vor allem in urbanen Gebieten gibt es eine besorgniserregende Entwicklung: Es gibt immer mehr Tötlichkeiten mit z.T. schweren Verletzungen, bei welchen die Opfer nach Zufallsprinzip ausgesucht werden. Ein falscher Blick am falschen Ort – und schon werden vor allem Jugendliche beim abendlichen Ausgang grundlos niedergeschlagen. Opfer sind vor allem junge Männer, die Täter sind oft junge Männer aus dem Balkan. Selten werden die Täter erwischt, weil die Opfer die Täter kaum zu Gesicht bekommen und in der Schweiz im öffentlichen Raum fast keine Videokameras zugelassen werden. Deshalb ist gezielte Videoüberwachung im öffentlichen Raum absolut zentral, um diese hinterhältige Form von Kriminalität zu bekämpfen. Zu viele Täter haben Erfolg mit ihrem kriminellen Handeln: Sie werden nicht erwischt und tun es daher wieder. Die Unsicherheit im öffentlichen Raum nimmt damit zu. Es ist doch unglaublich, dass beim Überfahren einer Sicherheitslinie die Busse höher ausfallen kann, als wenn ein junger Mann einen anderen spitalreif prü-



Jugendliche Schläger werden heute kaum je gefasst.

BILD: NZZ

gelt. Das ist extrem frustrierend und gefährlich für den Rechtsstaat.

Was fordert der Vorstoss genau?

Dass Videoüberwachung vermehrt möglich wird, insbesondere in Risikozonen: in der Umgebung von Diskos, auf öffentlichen Plätzen und Parkplätzen, wo solche Übergriffe passieren. Das macht Täter viel vorsichtiger, weil sie wissen, dass sie im Gegensatz zu

heute identifiziert und erwischt werden können.

Gibt es schon Reaktionen von Parlamenten?

Ja, einige Bürgerliche und sogar linke Politiker unterstützen den Vorstoss. Videoüberwachung war bisher wegen des Persönlichkeitsschutzes sehr umstritten. Aber der Schutz der Menschen auf der Strasse ist wichtiger. Der

Datenschutz darf nicht zum Täter-schutz werden.

Braucht es auch Verschärfungen im Strafrecht?

Das ist der zweite Teil. Die Revision wird ja derzeit angedacht. Verschärfungen sind dringend nötig. In Zürich gibt es Drogendealer, welche der Polizei ins Gesicht lachen: «See you tomorrow».

Sind im Bereich der Ausländerpolitik weitere Massnahmen notwendig?

Diese Gruppierungen verstehen nur eines: erwischt und bestraft zu werden. Integration heisst eben auch die Regeln einhalten und Strafen durchsetzen. Bei schweren Delikten müssen junge Ausländer unser Land verlassen, wie es der direkte Gegenvorschlag der FDP zur Ausschaffungsinitiative fordert. Besonders gravierend ist bei diesen Überfällen die Brutalität. Oft werden die Opfer erst kampfunfähig gemacht, zum Beispiel mit Beinbrüchen oder direkten Schlägen ins Gesicht bis zur Bewusstlosigkeit, und dann wird weiter mit den Füßen das am Boden liegende Opfer traktiert. Das müssen wir stoppen.

Talentförderung

Mentoringprojekt – Weg vom Image der «Altherrenpartei»

Maurus Zeier,
Nachwuchschef Jungfreisinnige Schweiz

Weg vom falschen Image der «Altherrenpartei» lautet ein Ziel der FDP – Nachwuchsförderung der passende Weg dazu. Ein spannendes Projekt, welches dem Schweizer Freisinn zu neuem, motiviertem und zielstrebigem Nachwuchs verhelfen und damit die Zukunft des liberalen Gedankenguts in der Schweiz sichern soll.

Die FDP und die Jungfreisinnigen erarbeiteten zusammen mit den Freunden der FDP ein Nach-

wuchsförderungskonzept, welches den Weg zum Nachwuchs aufzeigen soll. Offensichtlich war dabei bereits zu Beginn, dass es nicht primär an fähigem Nachwuchs fehlt. Vielmehr ist es der tiefe Bekanntheitsgrad und fehlende Präsentationsmöglichkeiten, welche vielen jungen Talenten einen Strich durch die Rechnung machen. Das Projekt fördert gezielt Jungfreisinnige, welche kurz vor einer wichtigen Hürde in ein höheres Amt stehen. Dazu wurden Teams gebildet: Jeweils zwei Mentoren unterstützen, motivieren und betreuen je einen jungfreisinnigen Mentee.

Ziel dieser rund einjährigen Unterstützung durch bekannte Persönlichkeiten ist es, eine optimale Unterstützung- und Förderplattform zu bieten und jungfreisinnige Talente im Wahlkampf und vor wegweisenden Karriereschritten zu betreuen. Das Projekt ist bereits in der Umsetzung, diversen Talenten wurden passende Mentoren zugeteilt. Ein nachhaltiges Projekt, welches einen starken Nachwuchs für den die Schweizer Liberalen garantieren kann.

Kopenhagen ist gescheitert – Lehren für die Schweiz

Christian Wasserfallen,
Nationalrat FDP. Die Liberalen BE

Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist Geschichte, und das wird sie auch bleiben. Wie erwartet konnte sich keine einzige der vielen Hoffnungen manifestieren. Kein verbindliches Reduktionsziel, keine internationale Strategie und schon gar keine Szenarien sind vorhanden. Das Scheitern zeigt sich exemplarisch am Verhalten unseres Bundesrates Moritz Leuenberger, der sich im ökologischen Deckmäntelchen zusammen mit 80 anderen Personen mit Steuergeldern im Extrazug in die dänische Hauptstadt fahren liess. Für den Rückweg benutzte er aus Bequemlichkeitsgründen dann doch lieber den Bundesratsjet, der ihn leer aus der Schweiz kommend abholte.

Just nach Kopenhagen beginnt nun die Umwelt- und Energiekommission des Nationalrates (UREK) post Kopenhagen in Abwesenheit des profilierungssüchtigen Umweltministers über die Revision des CO₂-Gesetzes zu beraten – Artikel für Artikel. Die FDP vertritt klar die Meinung, dass sich die Schweiz am gängigen unverbindlichen Grundkonsens orientieren soll: 20% Reduktion bis 2020. Dabei sollen auch CO₂-Kompensationen im Ausland hälftig möglich sein.

Künftig wird die Wirtschaft sehr unterschiedlich vom revidierten Gesetz profitieren. Die Green Economy wird boomen, einige Unternehmen werden keine grossen Unterschiede bemerken, und die energieintensiven Branchen werden bluten. Alles unter einen Hut zu bringen, inklusive der Akzeptanz der verschiedenen Mass-

nahmen durch die Bevölkerung, ist die Kunst dieses Gesetzes. Dabei, ist ja klar, soll das Gesetz auf der Freiwilligkeit basieren, statt mit Zwangsmassnahmen und neuen Steuern sowie Abgaben zu operieren.

Ökologische Motorfahrzeugsteuern nach Verbrauch, Anreize zur energetischen Sanierung von Gebäuden sowie freiwillige Vereinbarungen von Unternehmen zu Reduktionszielen von Emissionen stellen einige Beispiele dar. In unserem Innovationspapier haben wir zudem klar festgehalten, dass Innovation mit riesigem Potenzial im Bereich Umwelt und Energie sich nur in einem freien Umfeld mit folgenden vier Säulen entwickeln kann.

Erstens eine offene Gesellschaft, zweitens attraktive Rahmenbedingungen, drittens hervorragende Bildung, viertens wegweisende Forschung. Lei-

der steht die freisinnige Delegation in der UREK mit diesem liberalen Gedankengut zusehends alleine da. Diese Debatte zeigt in krasser Weise auf, dass das Original – die FDP. Die Liberalen – wirklich liberal ist und sich im Gegensatz zu ihren Kopien nicht am Rockzipfel des Staates anhängen muss. Die CVP mit den Grünliberalen und der einzige BDP-Vertreter haben sich, wie bei Links-Grün üblich, den staatlichen Regulierungen voll und ganz verschrieben. Dabei übertreffen sich die Rot-Grünen und die CVP sogar noch darin, realitätsfremde Anträge zu stellen – eine bittere Wahrheit.

Die FDP ist die einzige Partei, welche die geforderte Gesamtsicht wahren und die Vor- sowie die Nachteile der verschiedenen Szenarien ansprechen kann. Wir sind bereit!

Anzeige

Verantwortung für die Energiezukunft gemeinsam übernehmen. Sie. Wir. Als Partner.

Wir gestalten die Energiezukunft der Schweiz. Zusammen mit Ihnen. Alpiq, Ihr Partner für Energie und Energieservice.

www.alpiq.com



ALPIQ

Streitgespräch Simonetta Sommaruga, Felix Gutzwiller

Das kranke Gesundheitswesen

Welches sind die besten Rezepte gegen die Kostenexplosion? FDP-Ständerat Felix Gutzwiller und SP-Ratskollegin Simonetta Sommaruga im Streitgespräch.

«Schweizer Freisinn»: Das Schweizer Gesundheitswesen ist krank. Was sind die wichtigsten Gründe dafür – und was die wichtigsten Rezepte Ihrer Parteien zur Lösung der Probleme?

Simonetta Sommaruga: Wir haben im heutigen System verschiedene Fehlanreize, die dazu führen, dass möglichst viel und möglichst teuer behandelt wird. Wir haben aber auch ein Grundproblem in der Organisation: Die Krankenversicherer haben mehr Anreiz, Risiken zu selektionieren, anstatt ein gutes Qualitäts-Kosten-Management anzustreben. Drittens gibt es zu wenig Anreize für eine koordinierte medizinische Behandlung. Ansatzpunkte für Lösungen sind: erstens Kostensenkungen. Wir haben dort ein enormes Potenzial, und zwar nicht nur bei den Medikamenten. Bei der Behandlung müssen die Anreize so gesetzt werden, dass gut und möglichst kostengünstig gearbeitet wird. Dazu gehört zwingend eine bessere Koordination in der medizinischen Behandlung. Und wir müssen die Risikoselektion wegbringen, sonst machen die verschiedenen Kassen überhaupt keinen Sinn mehr.

Felix Gutzwiller: Ich glaube, wir haben in der Schweiz ein sehr gutes Gesundheitswesen. Aber wir leiden daran, dass wir relativ viel bezahlen für die Leistungen, dass es also Ineffizienzen gibt, die man verbessern muss. Dies kann man tun, indem man die Anreize ändert – wir haben in vielen Bereichen noch Anreize, die Volumen, Mengenausdehnung, Quantität fördern, aber nicht Qualität. Das System muss hier ausgerichtet werden auf Kosten-Nutzen-Optimierung. Wir haben zudem eine zu hohe Regulierungsart und eine falsche Rolle der öffentlichen Hand. Diese sollte eigentlich ein scharfer, strikter Regulator sein. Sie sollte definieren, welche Qualität man will, welche Zugänglichkeit, welche Versorgungsdichte. Aber sie soll



Simonetta Sommaruga



Felix Gutzwiller

den Partnern viel mehr Freiheit zur Umsetzung lassen. Das ist ja das, was wir regulierten Wettbewerb nennen.

Sommaruga: Wir haben wahrscheinlich in Bezug auf Qualität eine ähnliche Auffassung. Jeder Politiker, jede Politikerin pflegt heute im ersten Satz über Gesundheitspolitik zu sagen: Wir haben eine sehr hohe Qualität, aber sie ist teuer. Ich stelle fest, dass in der Schweiz diese Qualität überhaupt nicht überprüft wird. Die Spitäler haben lange Widerstand geleistet, und jetzt wehren sie sich dagegen, dass Qualitätsergebnisse veröffentlicht werden. Im ambulanten Bereich sind wir punkto Qualitätserfassung noch ein Entwicklungsland. Aus meiner Sicht verwechseln wir in der Schweiz Qualität mit einem sehr einfachen Zugang zu den Leistungserbringern. Jeder kann jederzeit jeden Arzt aufsuchen, dies allein hat aber mit Qualität wenig zu tun. Wer meint, viel Behandlung bedeute viel Qualität, liegt falsch.

Gutzwiller: Wir haben zwar tatsächlich einen Artikel 58 im KVG zur Qualitätssicherung, er wird aber nicht umgesetzt. Wir fordern in unserem neuen Papier, dass man die Voraussetzungen schafft für eine Qualitätsagentur. Der Bund muss das nicht alles selber machen, aber er muss die Voraussetzungen schaffen für eine Art von Zertifizierung. Für mich ist völlig klar: Wenn

man das System optimieren will, dann muss man Kosten und Nutzen anschauen. Es muss in die Richtung gehen, dass viel mehr gesteuert wird über Transparenz und Qualität als über kantonale Abschottung und Regulierungen. Das ist ja auch die Tendenz der neuen Spitalfinanzierung. Man wird dort Fallpauschalen haben und Kosten und Ergebnisqualität kennen. Der schweizerische Spitalmarkt wird durchlässiger werden. In diese Richtung muss man gehen. Dass in Zukunft die Leute eher auswählen, nach Qualitätsindikatoren, beraten von ihren Ärzten. Und dass dies zu dem Druck führt, den man gerne möchte. Im Akutsektor haben wir nach wie vor Überkapazitäten.

Sommaruga: Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Qualität wurden im Gesundheitswesen bis jetzt absolut stiefmütterlich behandelt. Ich muss es leider sagen: Das hat auch mit dem früheren Gesundheitsminister zu tun, der sich jahrelang mit Händen und Füßen gegen eine Verbesserung des Risikoausgleichs gewehrt hat. Was bedeutet das? Damit hat man die Krankenversicherer jahrelang auf die falsche Piste geschickt und ihnen gesagt: Ihr seid günstig, wenn ihr euch die kranken Leute möglichst vom Leib haltet. Und ihr seid teuer, wenn ihr das Pech habt, kranke Menschen in der

Krankenkasse zu haben. Das ist ja völlig absurd. Jetzt haben wir einen neuen Gesundheitsminister, ich zähle auf ihn und hoffe, dass er dieses Grundproblem erkennt und rasch anpackt. Denn auch Managed Care kann ohne eine zusätzliche Korrektur beim Risikoausgleich nicht funktionieren

Gutzwiller: Wir fordern ja in unserem neuen Papier einen Risikoausgleich, vor allem aus der Optik von Managed Care. Denn Managed Care sollte natürlich nicht dazu führen, dass sich schlechte Risiken ansammeln. Ich muss zu Ehren des ehemaligen Gesundheitsministers einfach sagen, dass man auf der anderen Seite sehr aufpassen muss, dass man den Risikoausgleich nicht als reine Strukturhaltung ausgestaltet: Wir sind auch dagegen, dass das langsam zu einem reinen Hochrisikopool führt, wo wir dann sozusagen staatlich alle schwierigen Fälle rückversichern. Rückversicherung ja – aber auch das kann man in einer nichtstaatlichen Konstellation machen.

Die ständerätliche Kommission diskutiert derzeit die dringlichen Massnahmen im KVG. Wie viel Kosten lassen sich damit sparen?

Gutzwiller: Man muss ehrlicherweise sagen, dass nicht mehr sehr viele kostensparende Vorschläge übrigbleiben. Aber positiv ist, dass sich ein klarer Konsens bezüglich Managed Care abzeichnet. Und zwar ein richtiges Managed-Care-Konzept, das beispielsweise zwingend auch Budgetverantwortung beinhaltet, Qualitätsindikatoren usw. Über die restlichen Massnahmen kann man sich streiten. Ich bin insbesondere der Meinung, dass das Billigstprinzip bei den Medikamenten, nachdem man dort schon sehr viel gemacht hat, eigentlich dem Schweizer Gesundheitswesen und der Qualität nicht wirklich angemessen ist und letztlich auch zu einer Zwei-Klassen-Situation führen würde.

Sommaruga: Zu den kostensenkenden Massnahmen: Auf Anregung von FDP-Nationalrat Otto Ineichen kam eine Gruppe zusammen, die Sparvorschläge ausgearbeitet hat. Wir waren uns einig: Wenn man sparen will, muss jeder einen Beitrag leisten. Da kann man nicht sagen, ich spare, aber nur dort, wo meine Wählerinnen und Wähler es wollen. Die Gruppe hat es geschafft, überparteilich kostensparende Massnahmen vorzuschlagen, die weit über einer Milliarde lagen und rasch umsetzbar waren. Alle mussten von ihren persönlichen Vorstellungen etwas abrücken. Schade, dass das Paket dann einfach auseinandergefallen ist. Innerhalb der FDP gab es massiven Druck gegen die Sparmassnahmen bei den Medikamenten. Dabei wollen wir auch dort nur das Wirtschaftlichkeitsprinzip anwenden: Teure Medikamente sollen weiterhin bezahlt werden, wenn der Arzt dies therapeutisch begründet. Ansonsten vergüten die Kassen das günstigste. Dagegen wehrt sich die Pharma-Industrie und mit ihr der grosse Teil der FDP mit Händen und Füssen. Aber es gibt in allen Parteien auch mutige Leute – oft sind es die Frauen –, die sich nicht so leicht einschüchtern lassen.

Gutzwiller: Dreimal Einspruch. Erstens muss ja jedes Medikament gemäss Gesetz wirksam, wirtschaftlich und zweckmässig sein. Das ist sowieso die Voraussetzung, das wird geprüft. Zweitens bedeutet das Nationalratskonzept, das wir unterstützen, keinesfalls, dass der Arzt einfach das teuerste Medikament verschreiben darf, sondern er ist gehalten, bei gleicher Wirkung ein günstigeres zu verschreiben. Und drittens kommt hinzu: Bei den Medikamenten kann man etwas machen, man soll etwas machen, man hat schon viel gemacht. Aber man darf nicht vergessen: Das sind maximal 10% des Kuchens, und man sollte auch einmal über die restlichen 90% sprechen.

Sommaruga: Das stimmt nicht. In der Grundversicherung sind es 25%, wenn man die Spitalmedikamente dazu nimmt.

Gutzwiller: Ich spreche über die gesamten Kosten des Gesundheitswesens...

Sommaruga: Aber wir reden vom KVG. Mich interessiert das, was die

zwangsversicherten Leute zahlen müssen. Dann hätten wir noch gerne Parallelimporte gehabt, da wart ihr auch dagegen. Es war mir nie begreiflich, wie die Partei des Wettbewerbs sich ausgerechnet gegen den Importwettbewerb stellen konnte.

Gutzwiller: Wir sind absolut für den Wettbewerb, nur sind wir nicht für den Wettbewerb bei administrierten, regulierten Preisen. Wir wären sofort für den Wettbewerb, wenn die Preise frei wären. Aber es ist grotesk, wenn man zulasten der Schweizer Firmen Billigimporte aus Griechenland oder Portugal zulässt. Die Preise dort sind reguliert, nur deshalb gibt es eine Preisdifferenz. Das schadet auch unserer Pharmaindustrie. Für den Standort Schweiz ist das ein wichtiges Argument.

Herr Gutzwiller, die FDP hat ein Gesundheitspapier erarbeitet. Was sind die Kernelemente?

Gutzwiller: Das Papier fordert den regulierten Wettbewerb. Wir haben eine ganze Reihe von Baustellen. Wichtig ist eine nationale Ratingagentur, damit man endlich Qualitätstransparenz hat. Das dient den Versicherten und auch den beratenden Ärzten. Zusammen mit einer Dynamisierung der Spitalfinanzierung wird das sehr viel bringen. Zweitens setzen wir einen starken Akzent auf Wirtschaftlichkeit und Kosten-Nutzen-Verhältnis – und nicht nur auf die Kostenseite. Die grundsätzliche Tendenz: Einen klaren ordnungspolitischen Rahmen für das Gesundheitswesen mit einem Staat, der reguliert, aber mit mehr Freiheit für die Partner, sprich Vertragsfreiheit, Finanzierung aus einer Hand.

Sommaruga: Das ist eine Riesenpalette. Mit Schlagworten wie «regulierter Wettbewerb» kann ich nicht so viel anfangen. Ich möchte, dass Managed Care in der Grundversicherung einen festen Platz hat. Mit einem höheren Selbstbehalt für Versicherte, die sich weigern, ihre Behandlung koordinieren zu lassen, schaffen wir bei den Versicherten den richtigen Anreiz. Krankenkassen und Ärzte werden den Beweis erbringen müssen, dass sie Verträge abschliessen, in denen die Qualität und die Patientenorientierung eine zentrale Rolle spielen. Ansonsten

hat Managed Care keine Chance, von der Bevölkerung akzeptiert zu werden. Ich bin sehr froh, dass die Komplementärmedizin wieder ihren berechtigten Platz in der Grundversicherung erhält. Auch hier zähle ich auf den neuen Gesundheitsminister. Herr Couchepin hatte diesbezüglich unnötig viel Geschirr zerschlagen, ohne etwas zu sparen. Für Einsparungen im Gesundheitsbereich sorgt natürlich ein gutes Präventionsgesetz. Nur sollte man da auch etwas konsequent sein. Viel Geld ausgeben für die Prävention bei Kindern gegen ungesunde Nahrungsmittel und gleichzeitig weiterhin jede Form von Werbung für diese ungesunden Lebensmittel zulassen, das geht für mich nicht auf.

Gutzwiller: Auch hier will ich Herrn Couchepin wieder in Schutz nehmen: Er wollte nur das Prinzip, das im KVG verankert ist, nämlich dass Leistungen «wirksam, zweckmässig, wirtschaftlich» sein müssen, auch wirklich umsetzen. Das ist der Weg für einen schlankeren Leistungskatalog. Die solidarisch finanzierte Grundversicherung soll nur das bezahlen, was nachweislich den genannten Kriterien entspricht, ob dies nun sogenannte schulmedizinische oder aber eben komplementärmedizinische Leistungen sind. Im Übrigen tritt auch die FDP für eine bessere Koordination der verschiedenen Akteure in der Prävention im Rahmen eines neuen Präventionsgesetzes ein.

Frau Sommaruga, Ihre Partei, die SP, fordert erneut eine Einheitskasse. Wie stehen Sie dazu?

Sommaruga: Ich bin sehr froh, hat meine Partei dieses Thema wieder auf den Tisch gebracht. Wir machen damit den Krankenkassen Beine. Sie haben sich bis jetzt nämlich zu wenig für die Versicherten eingesetzt. Bei ihren Verhandlungen mit den Apothekern, zum Beispiel, haben sie stets den Kompromiss gesucht, anstatt sich konsequent dafür einzusetzen, dass die Vertriebskosten bei den Medikamenten sinken. Auch bei den Medikamentenpreisen erlebe ich die Kassen sehr zurückhaltend. Sie verhandeln mit der Pharmaindustrie im Hinterzimmer, anstatt sich mutig für politisch wirksame Lösungen einzusetzen. Ungenü-

Strategie «Gesundheitsland Schweiz»

An der DV vom 23. Januar verabschiedeten die FDP-Delegierten das Gesundheitspapier. Mit elf konkreten Massnahmen fördert die FDP einen regulierten Wettbewerb mit hoher Qualität, Selbstverantwortung und Effizienz. Die Forderungen werden nun mit Vorstössen im Parlament eingebracht. Mehr auf unserer Website www.fdp.ch.

gend ist für mich auch die Aufsicht über die Krankenversicherer. Da gibt es zu viel Intransparenz. Die Kassen haben bei den Leuten viel Goodwill verspielt in den letzten Jahren, und deshalb hat die Idee der Einheitskasse massiv Aufwind erhalten.

Gutzwiller: Die Einheitskasse wurde schon drei Mal von der Bevölkerung in Abstimmungen abgelehnt. Ein vierter Anlauf von Ihrer Seite macht die Sache auch nicht besser. Eine Einheitskasse bedeutet Aufgabe der Wahlfreiheit des Einzelnen. Sie führt zu einem grossen Moloch mit einer Erhöhung der Prämien. Und schliesslich führt uns das in eine Zweiklassenmedizin. Damit es nicht so weit kommt, müssen die Krankenkassen allerdings am Gesundheitswesen vorausschauend mitgestalten, und nicht einfach nur nachvollziehend verwalten.

Wir haben seit diesem Jahr einen etwas lockereren Ärztestopp. Ist das eine gute Massnahme zur Stärkung der Hausärzte – und gibt es weitere?

Gutzwiller: Der Ärztestopp hat nichts gebracht. Er ist ein planwirtschaftliches Instrument, das vor allem die Jungen trifft. Er soll deshalb abgelöst werden. Dies ist ein weiteres Argument zur Einführung der Vertragsfreiheit. In einem Europa des freien Personenverkehrs, in welchem die angrenzenden Länder den Vertragszwang nicht mehr kennen, braucht es neue Formen der Steuerung. Das Kartellgesetz muss selbstverständlich dafür sorgen, dass keine ungebührlichen Absprachen möglich sind und keine Ärzte/Ärztinnen diskriminiert werden.

Fortsetzung auf Seite 12

Die ersten Monate im Amt

Didier Burkhalter, Hoffnungsträger

Der neue Bundesrat der *FDP.Die Liberalen* ist als Innenminister mit vielen Vorschusslorbeeren gestartet – und hat die Erwartungen in den ersten 100 Tagen voll erfüllt.

Einer, der zuhört. Ein Politiker, der seine Dossiers hervorragend kennt. Ein Regierungsmitglied, der ein Team zusammenschweissen, der Lösungen für schwierige Probleme finden und durchsetzen kann. Ein Mensch mit einem feinen Humor und fairem politischem Stil. So sprechen nicht nur Parteikollegen von Didier Burkhalter – sondern auch die politische Konkurrenz, die Medien und viele Bürgerinnen und Bürger.

Zurück an den Verhandlungstisch

Es überrascht nicht, dass grosse Hoffnungen auf dem Neuenburger ruhten, als er als neunter Vertreter seines Kantons Anfang November das Eidgenössische Departement des Inneren (EDI) übernahm.

Und Herausforderungen gibt es genug: Sorgen bereitet etwa das Gesundheitswesen, wo sowohl im Parlament zwischen den Parteien wie auch unter den verschiedenen Leistungserbringern eine Blockade aufzubrechen ist. Eine Aufgabe wie geschaffen für Didier Burkhalter, der den Dialog zwischen den Akteuren verbessern will. Seien es Ärzte, Krankenkassen oder Gesundheitspolitiker: Alle bescheinigen dem FDP-Bundesrat einen hervorragenden Start. Er habe die zerstrittenen Verantwortlichen wieder an den Verhandlungstisch gebracht. Vor allem von



Didier Burkhalter

BILD: KEYSTONE

der Managed-Care-Vorlage erwartet der junge Magistrat viel.

Doch auch in anderen Bereichen des «Riesen-departements» gibt es viel zu tun. Nach der IV-Ab-

stimmung im Herbst steht schon im März die wichtige Volksentscheidung zum BVG-Umwandlungssatz an (vergleiche dazu verschiedene Beiträge in dieser Ausgabe). Die Gefahren der Verschuldung für die Sozialversicherungen beschäftigen den ehemaligen Ständerat sehr. Immer wieder warnt er vor dem fahrlässigen Umgang mit diesen wichtigen Institutionen und pocht auf Reformen, damit auch die kommenden Generationen profitieren können. Mit der seit Jahren anstehenden 11. AHV-Revision steht dem Bundesrat eine weitere grosse Aufgabe in diesem Bereich bevor. Und dann ist der Romand auch noch Kulturminister, Forschungsminister, Bildungsminister ... die Arbeit wird ihm also nicht ausgehen.

Verschmitzter Humor

Dass Didier Burkhalter keineswegs ein harmonie-süchtiger Konsenspolitiker ist, der die politische Auseinandersetzung scheut, stellte er ebenso bereits unter Beweis. So brachte ihm sein überzeugendes Auftreten am Albisgütli-Anlass weitherum Respekt ein. Der Romand musste dabei nicht poltern wie viele politischen Gegnern. Vielmehr brillierte er mit scharfem Humor. «Wer in Blochers Rede nicht vorkommen will, muss selber ins Albisgütli kommen», sagte er verschmitzt. Was für ein Einstand!

Fortsetzung von Seite 11

Sommaruga: Das Instrument «Ärzttestopp» tönt zwar unsympathisch, kann aber sehr intelligent eingesetzt werden. Nur haben das leider nicht alle Kantone gemerkt. Wir haben nämlich heute keinesfalls einfach einen Ärztemangel. Vor allem in den Städten und in gewissen lukrativen medizinischen Bereichen haben wir trotz Ärztestopp nach wie vor eine Überversorgung. Das kommt daher, dass sich die Spezialärzte bei den Tarmed-Verhandlungen die besten Kuchenstücke herausgeschnitten haben, für die Hausarztmedizin blieb nicht mehr viel übrig. Das Resultat ist, dass die Hausarztmedizin wenig Prestige hat und schlecht bezahlt wird. Das gilt übri-

gens auch für die Psychiatrie und ganz besonders die Kinderpsychiatrie. Kein Wunder, haben wir in diesen Bereichen nun einen Mangel an Ärzten. Mit Managed Care lässt sich hier einiges korrigieren, indem wir nämlich die Hausarztmedizin aufwerten und auch Teilzeitarbeit ermöglichen. Das funktioniert aber nur, wenn wir den Mut haben, den anderen etwas wegzunehmen. Da mache ich mich noch auf harte Auseinandersetzungen gefasst!

Zum Abschluss: Wägen Sie eine Prognose für die Krankenkassen-Prämien 2010 – wie wird das aussehen?

Sommaruga: Das Parlament hat nun praktisch keine Sparmassnahmen beschlossen. Das ist mehr als peinlich. Dank Unterstützung von mutigen

Frauen aus der FDP ist der Ständerat bis jetzt wenigstens bei den Kostensenkungen für die Medikamente hart geblieben. Meine Prognose: Die Prämien steigen nochmals, in den Kantonen unterschiedlich, weil die Situation bei den Reserven nach wie vor völlig intransparent ist. Die Leute werden wieder wütend sein und die Politik verliert an Glaubwürdigkeit. Der Gesundheitsminister hat keine einfache Aufgabe.

Gutzwiller: Das Gesundheitswesen wächst weiter, das wird sich auch in den Prämien bemerkbar machen. Grundsätzlich muss aber der Schlüssel öffentliche Finanzierung und Finanzierung durch private Haushalte neu geregelt werden. In den Jahren seit der Einführung des neuen KVG wurde

ein immer höherer Anteil auf die individuellen Prämienzahler überwältzt. So richtet man das System Kopfprämie mit Prämienverbilligung zu Grunde – und das wollen wir nicht.

Felix Gutzwiller ist FDP-Ständerat der *FDP.Die Liberalen* aus dem Kanton Zürich. Er führt als Direktor das Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich. Für den Kanton Bern sitzt die Sozialdemokratin **Simonetta Sommaruga** im Ständerat. Die gelernte Pianistin ist Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz.

Eidgenössische Abstimmung vom 7. März

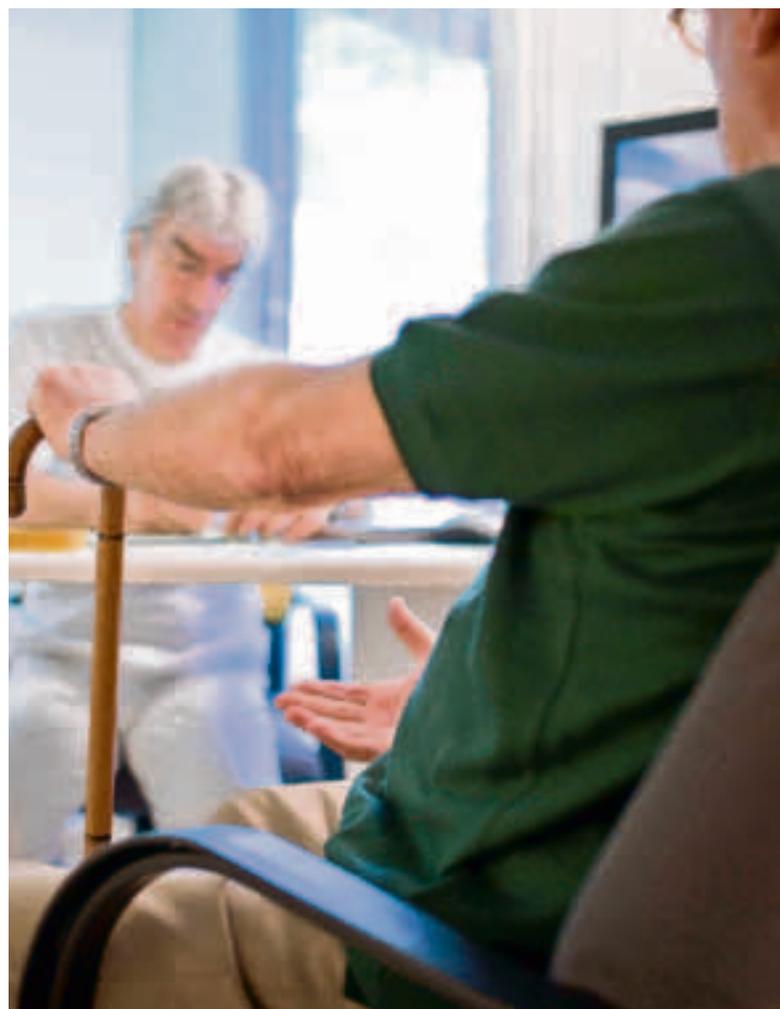
Ja zur Forschung – Ja zur Menschenwürde

Die gesetzlichen Regelungen zur Forschung am Menschen sind heute lückenhaft und uneinheitlich. Mit einem neuen Bundesgesetz soll dies geändert werden.



Die medizinische Forschung...

BILD: KEYSTONE



...kommt allen Menschen zugute.

BILD: KEYSTONE

Ruedi Noser,
Nationalrat *FDP.Die Liberalen ZH*

Damit der Bund aber überhaupt ein solches Gesetz erlassen kann, müssen ihm erst die Kompetenzen übertragen werden. Die Schweizer Bevölkerung wird am 7. März über einen neuen Verfassungsartikel zur Forschung am Menschen abstimmen. Aus Sicht der *FDP.Die Liberalen Schweiz* ist ganz klar ein JA in die Urne zu legen.

Schutz gegen Missbrauch

Unter Forschung am Menschen versteht man nicht nur die Forschung mit

Personen, sondern auch die Forschung z. B. an Zellen, Gewebe, Körperflüssigkeiten, an verstorbenen Personen, mit menschlichen Embryonen und Föten sowie mit Personaldateien. Auch ohne Verfassungsartikel und Bundesgesetz sind in der Schweiz Würde, Rechte und Freiheiten des Menschen vor missbräuchlichen Anwendungen in der Medizin geschützt. Denn die Schweiz hat bereits 1999 die Bioethikkonvention des Europarates unterzeichnet, den ersten rechtsverbindlichen internationalen Text zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Bezug auf die

Anwendung von Biologie und Medizin.

Der vorliegende Verfassungsartikel überträgt dem Bund nicht nur die Kompetenzen im Bereich Forschung am Menschen, sondern setzt auch Leitplanken. Die Fraktion von *FDP.Die Liberalen* hat sich dabei vehement für den Erhalt der Forschungsfreiheit eingesetzt. Um den Anschluss an die Forschungsspitze nicht zu verlieren, müssen die Schweizer Forschenden unter den gleichen Rahmenbedingungen wie ihre ausländischen Kollegen arbeiten können. Jede zusätzliche Einschränkung in diesem Bereich hätte

verheerende Konsequenzen auf den Forschungsstandort Schweiz.

Neue Medikamente

Der eigentliche Brocken im Bereich Biomedizin folgt aber erst noch: das Bundesgesetz über die Forschung am Menschen. Trotz allen heiklen ethischen und moralischen Fragen, die in diesem Zusammenhang diskutiert werden müssen, darf nicht vergessen werden, welche Bedeutung die biomedizinische Forschung für uns alle hat: Ohne Forschung am Menschen gibt es auch keine neuen Medikamente und neue Behandlungsmethoden.

Editorial

Frauen und Religion

Es besteht Informationsbedarf: Anstatt uns diffusen Ängsten hinzugeben, möchten wir mehr erfahren über Frauen und Religionen. Wir müssen hinschauen und anerkennen, dass uns insbesondere die Stellung der Frau im Islam beschäftigt und unsere Ängste weckt.

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin *FDP.Die Liberalen Frauen*

Es besteht Informationsbedarf: Anstatt uns diffusen Ängsten hinzugeben, möchten wir mehr erfahren über Frauen und Religionen. Wir müssen hinschauen und anerkennen, dass uns insbesondere die Stellung der Frau im Islam beschäftigt und unsere Ängste weckt.

Wenn wir hinschauen, erkennen wir die kulturelle Vielfalt der Länder, in denen der Islam praktiziert

wird. Die Rolle der Frau gestaltet sich von Land zu Land verschieden. Weder die Bibel noch der Koran fordert die Verhüllung der Frau. Es steht auch nirgends, dass Frauen gegenüber Männern nicht gleichwertig sind. Und doch, in vielen Religionen ist die Stellung der Frau dem Mann untergeordnet. Religiös legitimierte Frauendiskriminierung ist oft in stereotypischen Rollenbildern begründet, welche sich in allen Religionen finden.

Politisch wird schon lange gefordert, den Verletzungen der Grundrechte von Frauen, die unter dem

Vorwand der Religion begangen werden, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Und doch ist es für unsere Gesellschaft ein wichtiges und brennendes Thema.

In dieser Ausgabe möchten wir mehr erfahren über Frauen aus der arabischen Kultur. Was ist ihre Lebenswelt? Mit unseren zwei Berichten möchten wir unseren Leserinnen und Lesern einen Einblick verschaffen in die Welt muslimischer Frauen. Wir werden rasch merken, dass diffuse Ängste nichts mit der Realität zu tun haben und dass uns eine spannende Welt erwartet.

Interview

«Die Situation der Frauen in Jordanien ist besser als in der Schweiz»

Annick Tonti ist Professorin für interkulturelle Kommunikation und ehemalige Leiterin einer Deza-Abteilung

Frau Tonti, die Stellung der Frauen im Islam ist ein vieldiskutiertes Thema – oft werden sie pauschal als unterdrückt abgestempelt. Kann die Situation aller muslimischen Frauen in einen Topf geworfen werden?

Nein, sicher nicht. Die Rahmenbedingungen der Frauen sind von Land zu Land verschieden. Ich glaube nicht, dass Frauen im Jemen ein gutes Leben haben, die Situation der Frauen in Jordanien ist hingegen besser als bei uns in der Schweiz. In Jordanien nehmen die Frauen vollumfänglich am politischen Leben teil.

Wie sehen Sie die Situation der Frauen in jenen Ländern, in denen die Scharia gilt?

Auch die Scharia wird von Land zu Land verschieden angewendet. In einigen Ländern zeigt sich sogar, dass die Scharia gar nicht so frauenfeindlich ist, wie das von uns wahrgenommen wird.

Denken Sie dabei an bestimmte Gesetze der Scharia?

Laut Scharia kann sich eine Frau beispielsweise scheiden lassen. Sie muss zwar einen Grund liefern, aber es ist



Annick Tonti

nicht schwierig, einen solchen zu finden. Im Falle einer Scheidung bekommt die Frau alles zurück, was sie in die Ehe eingebracht hat – und das in allen islamischen Ländern. Auch in Ländern, in denen der Status der Frau weniger gut ist, gilt das Besitzrecht.

Und trotzdem sind in gewissen muslimischen Ländern besonders harte Strafen verbreitet wie die Steinigung und das Abschneiden der Hand.

Die Steinigung wird in Ländern wie Afghanistan, Pakistan und Saudi Arabien angewandt, steht jedoch nicht im Koran. Das Abschneiden der

Hand ist dagegen eher in afrikanischen Ländern verbreitet. Die tragischen Vorfälle, welche manchmal in asiatischen Ländern wie Bangladesch oder Pakistan passieren, bei denen Schwiegermütter ihre Schwiegertöchter mit Säure übergießen, stammen wiederum aus der hinduistischen Kultur.

Gibt es trotzdem etwas, was Frauen in islamischen Ländern gemein haben, das sie von uns unterscheidet?

Im Allgemeinen müssen Frauen in diesen Ländern viel mehr Werte beherrschen als wir. Beispielsweise können die meisten Frauen in diesen Ländern ihre traditionellen Gerichte kochen, egal, ob sie als Beruf Ärztin oder Bäuerin sind.

Wo sehen Sie die Stärke dieser Frauen?

In einigen Ländern ist das Gesetz nicht unbedingt zu Gunsten der Frauen, trotzdem schaffen sie es auch in diesen Ländern immer wieder, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Das ist bemerkenswert.

Sie haben in einem Konfliktgebiet gelebt, wie haben Sie die Frauen dort erlebt?

Ich habe die Frauen dort als sehr stark erlebt. Meine palästinensischen Freundinnen schaffen es beispielsweise, Kinder zu erziehen, einen Beruf zu haben und in einem Konflikt zu leben. Oft müssen sie stundenlang an einem Checkpoint warten, und wenn sie dann endlich nach Hause kommen, müssen sie innert kürzester Zeit ein Essen für Gäste zaubern und ihre Kinder versorgen. Die Situation und Reaktion von Frauen in Konfliktgebieten ist jedoch unabhängig vom Land immer sehr ähnlich.

Wie meinen Sie das?

Frauen übernehmen in Konflikten andere Rollen. Sie sichern das Überleben der Familien, weil die Männer nicht da sind. Das war so in Bosnien, Algerien, im Libanon und wird vielleicht eines Tages auch in Palästina der Fall sein. Wenn der Konflikt jedoch vorbei ist, dann ist es überall gleich. Die Frauen werden zurückgestossen in ihre traditionelle Rolle. Oft finden sich die Frauen sogar in einer konservativeren Rolle wieder als zuvor.

Das Interview führte Simone Rieder

Saudi Arabien

Bildung und Arbeitsplätze: Chancen für Frauen

Simone Rieder, Praktikantin Generalsekretariat FDP.Die Liberalen

Die sozialen Rahmenbedingungen der Frauen in Saudi Arabien sind geprägt von der islamischen Strömung des Wahabismus. Diese äusserst konservative Richtung des Islam vertritt sehr strenge Regeln und Ansichten, welche für das öffentliche und das private Leben gelten. In ihrer Bewegungsfreiheit sind die saudischen Frauen besonders im öffentlichen Raum stark eingeschränkt, da sie ohne die Begleitung eines männlichen Verwandten nicht auf die Strasse gehen dürfen. Auch das Autofahren ist den Frauen verboten.

Balanceakt

Das Leben einer Frau in Saudi Arabien ist ein Balanceakt zwischen formellen und informellen Gesetzen, allgemeinen Wertvorstellungen der Gesellschaft und der Familie. Die Eigenheiten der saudischen Gesellschaft bringen eine politische Kultur hervor, die den Lebenslauf einer Frau grundlegend prägen. Traditionell beinhaltet dieser Lebenslauf, Ehefrau und Mutter zu sein. Allerdings hat sich in den letzten Jahren ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor verändert – die Bildung der Frauen. Immer mehr Frauen können lesen und schreiben, viele verfügen über einen Universitätsabschluss. An den saudischen Universitäten sind mittlerweile mehr als die Hälfte der Studierenden weiblich. In Folge dieser Entwicklung können sich viele Frauen nicht mehr mit ihrer traditionellen Rolle als Hausfrau und Mutter identifizieren, denn sie möchten arbeiten und am öffentlichen Leben teilnehmen.

Die zunehmende Bildung der Frauen beeinflusst die Nachfrage nach Arbeitsplätzen für Frauen erheblich. Dieses Bedürfnis nach Arbeit steht zunächst im Widerspruch mit dem Konzept der klassischen Frauenrolle, welche die politische Kultur Saudi Arabiens hervorgebracht hat. Tatsächlich hat gerade ein Grundpfeiler derselben politischen Kultur neue Möglichkeiten für Frauen erschaffen – die Ge-



An den saudischen Universitäten sind mittlerweile mehr als die Hälfte der Studierenden weiblich.

BILD: ULLSTEIN BILD – VISION PHOTOS

schlechtertrennung. Diese rechtfertigt beispielsweise die Eröffnung von Banken, die von Frauen für Frauen geführt werden. Neue Technologien haben zudem neue Möglichkeiten und Märkte für Frauen eröffnet. Ohne im selben Raum zu sein, können heute Geschäfte zwischen Männern und Frauen über Telefon und Internet abgewickelt werden.

Neue Bereiche

Der öffentliche Sektor ist nach wie vor der grösste Arbeitgeber der Frauen, doch früher wäre eine Anstellung von Frauen im Privatsektor undenkbar gewesen. In der Zwischenzeit haben sie sich sukzessive in neue Bereiche wie

Journalismus, Radio- und Fernsehsendungen, Werbung usw. vorgewagt. Ärztinnen sind gesellschaftlich bereits bestens akzeptiert. Da in den Spitälern jedoch keine Geschlechtertrennung möglich ist, musste sich die politische Kultur Saudi Arabiens hier anpassungsfähig zeigen. Tatsächlich wird die Zusammenarbeit von Männern und Frauen in Spitälern heute nicht mehr in Frage gestellt.

Ein verbleibendes Hindernis für Frauen ist der Zugang zu Ministerien und besonders der Zugang zu Lizenzen, welche sie für ihre Firmen benötigen. Durch die Errichtung eines Wirtschaftsministeriums für Frauen, das Lizenzen an weibliche Unterneh-

mer verteilt, könnte das Angebot an Arbeitsplätzen für Frauen massiv gesteigert werden. Würde den saudischen Frauen zudem der Anwaltsberuf zugänglich gemacht werden, könnte ihre rechtliche Situation stark verbessert werden, da sie vor Gericht selbst für ihre Rechte einstehen könnten.

Man sieht: Die traditionelle Rolle der Frau hat sich so weit angepasst, dass auch die arbeitende Frau ihren Platz in der saudischen Gesellschaft erhalten hat.

Porträt

Otto Ineichen – Politiker des Jahres

Im Januar wurde unser Luzerner Nationalrat Otto Ineichen mit dem «Swiss Award» als Politiker des Jahres für sein riesiges Engagement belohnt.

Wenigen Politikern wird diese Ehre zuteil: Otto Ineichen wurde am 9. Januar der Titel «Politiker des Jahres» verliehen. In der Gala des Schweizer Fernsehens werden Personen ausgezeichnet, welche Besonderes leisten. Der Luzerner Nationalrat und Unternehmer gehört zweifellos dazu. Dass auch die Schweizer Öffentlichkeit sein Engagement schätzt, zeigte sich bei der Wahl zum «Schweizer des Jahres» durch das Fernsehpublikum, in der Otto Ineichen den hervorragenden vierten Platz besetzte.

Otto Ineichen ist ein unermüdlicher Brückenbauer und Bewegter, dessen enormes Engagement weit über Politik und Wirtschaft hinausreicht. Mit Herz, Mut und Tatendrang setzt er sich für die Menschen in der Schweiz ein. Für Otto Ineichen ist Verantwortung kein billiges Schlagwort. Er lebt dem liberalen Credo vorbildlich nach, dass jeder Einzelne seine Verantwortung wahrnehmen und sich engagieren soll, und hat sich so grossen Respekt in der Bevölkerung erarbeitet.

Im Parlament und ausserhalb der politischen Bühne bringt Otto Ineichen innovative Vorschläge ein – und setzt sie vor allem entschlossen auf direktem Weg in die Tat um! 2006 stiess er das Pro-



Otto Ineichen

jekt «Speranza 2000» an: In Zusammenarbeit mit anderen Unternehmern und den kantonalen Ämtern für Berufsbildung werden mit dem Förderpro-

gramm jugendliche Schulabgänger mit ungünstigen Berufsaussichten unterstützt. 2009, in der grössten Wirtschaftskrise seit Jahren, konnte der Gründer von OTTO'S AG wiederum 2000 neue Lehrstellen schaffen. Mitte 2008 gründete er die «Allianz energetische Gebäudesanierung – JETZT», der zehn eidgenössische Parlamentarier der fünf grossen Parteien und beider Räte angehören. Der Allianz gelang es dank dem Brückenbauer, energetische Gebäudesanierungen massiv zu fördern.

Mit Johann Schneider-Ammann war gar ein zweiter FDP-Nationalrat für die Auszeichnung zum «Politiker des Jahres» nominiert gewesen. Zwei Nominierte im selben Jahr: Diese Ehre wiederum wird kaum einer Partei zuteil. Was für ein positives Signal für die ganze Partei, die Otto Ineichen herzlich gratuliert hat! Die Auszeichnung zeigt: Die FDP setzt sich mit ihrem Kernanliegen zugunsten von Arbeitsplätzen erfolgreich für die Schweizer Bevölkerung ein.

Erfolgreicher Weg der Schweiz

Dichtung und Wahrheit bei der Personenfreizügigkeit

Johann Schneider-Ammann,
Nationalrat FDP. Die Liberalen BE

Am 8. Februar 2009 entschied sich das Schweizer Stimmvolk klar für die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Zusammen mit der FDP versprach ich, ein Jahr danach Bilanz zu ziehen. Jetzt ist es so weit: Was hat die Personenfreizügigkeit gebracht?

Objektive Studie

Gemeinsam mit dem FDP-Generalsekretariat habe ich eine Studie durchgeführt, welche die verschiedenen Aspekte der Personenfreizügigkeit beleuchtet. Diese zeigt ein klares Bild: Die Personenfreizügigkeit ist ein Erfolg für unser Land. Die Ängste und Behauptungen der Gegner haben sich bis jetzt nicht bewahrheitet.

Zwar steht die Schweiz heute vor grossen Herausforderungen, doch diese haben ihren Ursprung in

der jetzigen Wirtschaftskrise. Dabei steht die Schweiz besser da als ihre Nachbarstaaten: Das Wachstum ist höher, die Verschuldung weit geringer. Gleichzeitig sind die Steuern und Arbeitslosigkeit viel tiefer. Die Schweiz ist gewissermassen das Opfer ihres Erfolgs: Menschen bleiben dort, wo es ihnen besser geht.

Die Personenfreizügigkeit begünstigt die Einwanderung hoch qualifizierter Personen. Das ist für unsere Wirtschaft zentral: Standortvorteile und Stabilität sind wichtige Garantien für den Wohlstand der Schweiz. Die Gegner der Personenfreizügigkeit behaupteten, Kriminelle aus Rumänien und Bulgarien würden unser Land



überschwemmen. Die Statistiken zeigen, dass dies nicht der Fall ist.

Baum des Erfolgs pflegen

Statt den Baum unseres Erfolgs zu fällen, sollten wir ihn pflegen und nicht die Äste unseres Erfolges absägen. Der Preis für eine Kündigung wäre hoch: Weniger Wirtschaftswachstum, schlechter qualifizierte Einwanderung und der Zusammenbruch des bilateralen Weges.

Schon jetzt verspreche ich:

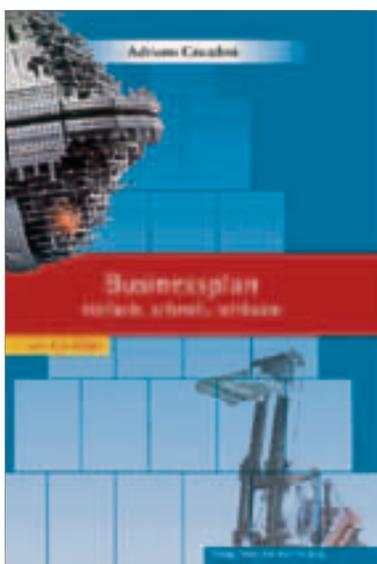
Wir werden weiterhin wachsam sein – und am 8. 2. 2012 wieder Bilanz ziehen.

Wettbewerb

Businessplan – einfach, schnell, wirksam

Bei jeder Unternehmensgründung wird ein Businessplan erstellt. Wie man das am besten macht, zeigt der Autor Adriano Cavadini übersichtlich in neun Schritten. Dank der mitgelieferten CD-ROM gelingt die Berechnung von Liquidität und Jahresbilanz einfach und schnell. Das Tempo richtet sich nicht nur an Unternehmer, sondern auch an Dozenten und Studierende.

Mit viel Tempo und etwas Glück können Sie ein Gratisexemplar gewinnen: Schreiben Sie ein Mail mit dem Stichwort «Freisinn»-Wettbewerb an info@fdp.ch. Die ersten fünf «Freisinn»-Leser erhalten ein kostenloses Exemplar zugeschickt!



Internet

FDP Luzern auf dem iPhone

Mit einer innovativen Neuigkeit wartet die Luzerner Kantonalpartei auf: Sie hat ein kleines Programm für das Apple-Handy iPhone entwickelt. Damit lassen sich Neuigkeiten und Informationen ganz bequem unterwegs abrufen. Das «App» genannte Programm wird im Internet via iTunes (www.itunes.com) kostenlos zum Download angeboten. Auch die FDP Schweiz wird bald ein «App» zur Verfügung stellen.



Geit's no?

«Alkohol und Politik»

Wie wohl jede Bundesstelle publiziert auch die Eidgenössische Alkoholverwaltung ein – kostenloses – Hochglanzmagazin. Der treffende Titel: «C₂H₅OH – Alkohol und Politik». Nur die Paragraphen der Alkoholgesetzgebung aufzuzählen oder regelmässig vor den gesundheitlichen Gefahren übermässigen Konsums zu warnen, erschien den Verantwortlichen aber wohl als zu wenig attraktiv.

Und so wird der Leser in einem Artikel auf eine literarische Reise nach Portugal eingeladen, um «Porto, eine ganz besondere und beliebte Weinspezialität» kennenzulernen. Weiter wird melancholisch vom «Ende des Baumbooms» berichtet. Sie lesen richtig: Es geht um den Schweizer Feldobstbau. Verpassen Sie auch nicht den Bericht über die Massnahmen der Schotten im 19. Jahrhundert gegen die Trunksucht.

Das ist alles durchaus interessant und lesenswert – aber weshalb ist ein solches Magazin Aufgabe der mit unseren Steuergeldern finanzierten Bundesverwaltung? «Die Eidgenössische Alkoholverwaltung ist mit der praktischen Umsetzung der Alkoholgesetzgebung beauftragt», steht auf ihrer Website. Der «Schweizer Freisinn» denkt: Schuster, bleib bei deinen Leisten.

Zitat des Monats

«Wer in Blochers Rede nicht vorkommen will, muss selber ins Albisgütli kommen.»

Bundesrat Didier Burkhalter in seiner Rede an der Albisgütli-Veranstaltung der SVP im Januar

Agenda

Februar

19. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

März

1.–19. Frühjahrssession
7. Eidgenössische Abstimmungen
11. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)

April

23. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)
24. Delegiertenversammlung

Mai

3.–5. Ausserordentliche Session
21.–22. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
31. 5.–18. 6. Sommersession

Juni

25. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)
26. Delegiertenversammlung

Buchpreisbindung schadet dem Schweizer Buchhandel

Lena Schneller, Präsidentin Jungfreisinnige Schweiz

Nach dem Nationalrat hat sich im vergangenen Dezember nun auch der Ständerat für die Wiedereinführung der Buchpreisbindung ausgesprochen. Ein unverständlicher und unnötiger Entscheid. In einer Zeit, in der man mit einem Klick Bücher übers Internet auch im Ausland bestellen kann, sind die grössten Konkurrenten nicht mehr innerhalb der Schweiz zu finden, sondern im Ausland. Eine Buchpreisbindung und damit höhere Preise führen nur dazu, dass immer mehr Leute die Bücher im Ausland über Internet einkaufen und nicht mehr in Buchhandlungen in der Schweiz.

e-books – neue Herausforderung

Gerade kleinere Buchhandlungen, welche die Befürworter einer Buchpreisbindung schützen wollen, sind vor einer solchen Tendenz besonders gefährdet. Die Gesetzesvorlage unterschätzt auch die künftigen Möglichkeiten, sprich e-books. Um auch gegen die neusten Technologien wettbewerbsfähig zu sein, brauchen die Buchhändler nicht starre Buchpreisbindungen, sondern sie sollten möglichst flexibel auf die neusten Herausforderungen reagieren können.

Die Befürworter einer Buchpreisbindung fürchten zudem eine Verringerung der Vielfalt und der Qualität des Angebotes an Büchern. Dieses Argument überzeugt nicht. Die bisherigen Erfahrungen in der Schweiz ohne Buchpreisbindung haben gezeigt, dass die Qualität und die Angebotsvielfalt der Bücher keineswegs gelitten hat. Auch im Ausland (u. a. Frankreich, die USA, Grossbritannien) hat ein freier Markt überhaupt nicht geschadet. Im Gegenteil: Es konnte festgestellt werden, dass die Preise insgesamt eher gesunken sind. Damit können sich auch mehr Menschen mehr Bücher leisten und die Buchkultur wird zum Vorteil aller gestärkt!

Beliebte Bücher

Ein Grossteil der Bücher wird zudem importiert, womit v. a. ausländische Verlage von der Buchpreisbindung profitieren würden – auch kein wirklicher Beitrag zum Kulturschutz der Schweiz. Und sollte es doch wider Erwarten dazukommen, dass einige grosse Ketten nur noch populäre Bücher anbieten, entstünde für kleinere Buchhandlungen ein interessanter Nischenmarkt für «nichtpopuläre» Bücher.

Eben stand Weihnachten vor der Tür. Laut Studien sind Bücher nach



Neue Herausforderungen für den Buchhandel.

BILD: KEYSTONE

wie vor die beliebtesten Geschenke. Ihr Kulturwert wurde durch die zeitweise Aufhebung der Buchpreisbindung keineswegs geschmälert. Im Gegenteil, auch letztes Jahr wurden wieder Millionen von Büchern verschenkt

– ohne Buchpreisbindung. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Räte noch besinnen und in der kommenden Frühlingsession die Idee einer Wiedereinführung wieder verwerfen.

Treffen in Amsterdam

Grachten und der liberale Internationalismus

**Thomas Bigliel,
Jungfreisinnige Graubünden**

Amsterdam – eine niederländische Metropole mit weltlichem Charme. Ein Charme, der offensichtlich zu überzeugen weiss, denn dank ihrem Liebreiz und ihrer weltoffenen Haltung war die alte Hafenstadt am Nordmeer während dreier Tage das Zentrum einer jungen liberalen Bewegung. Wortwörtlich. Aus aller Welt kamen im November 2009 150 junge Liberale zusammen, um im Rahmen der jährlichen Vollversammlung der International Federation of Liberal Youth abzuhalten.

Als höchstes beschlussfähiges Organ beschloss die General Assembly dabei sowohl Änderungen an der ideologischen Grundlage der Organisation, dem Manifest, als auch den Aktionsplan. Begleitet wurde die 32. Vollversammlung von verschiedenen Workshops und Arbeitsgruppen. Nationale Probleme, aber auch Innovationen konnten dabei in einem liberalen Plenum diskutiert werden und fanden mit demokratisch-freiheitlichen Lösungsvorschlägen in Amsterdam eine globale Basis. Eine Diskussionsbasis, der sich auch die Schweiz anschloss. Für die jungfreisinnigen waren Daniel Derungs (jfbe) und Thomas Bigliel (jfg) vor Ort und thematisier-

ten unter anderem das Recht der freien Meinungsäusserung, Massnahmen gegen den Menschenhandel und nicht zuletzt die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die Jugend.

Ideen. Motivation. Freundschaft. Neben verschiedenen Resolutionen und Wahlen für das Hauptbüro konnten viele Freundschaften erneuert und neu geschlossen werden. Unser Dank und unsere Achtung geht an alle jungen Liberalen. Junge Freigeister, die sich in Simbabwe, Kuba und Usbekistan für die liberalen Ideale und eine Demokratisierung ihrer Staaten einsetzen.

Abstimmung vom 7. März

Junge nicht belasten – Rentenloch verhindern!

Engagement der Jungparteien für die Anpassung des Umwandlungssatzes und ein JA am 7. März 2010

Maurus Zeirer, Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Schweiz

Die parteienübergreifende Jugendkampagne ist die Stimme der Jungen in der Diskussion zur Anpassung des Umwandlungssatzes. Es ist mehr als nötig, dass sich die Jungen hier einschalten. Schliesslich wäre die zukünftige und aktive Generation stark von einem zu hohen Umwandlungssatz betroffen. Es wäre an uns, das Rentenloch zu stopfen, das bei einem zu hohen Umwandlungssatz garantiert entsteht. Mit der Kampagne zeigen jungfreisinnige, jcvp, jsvp sowie Exponenten der Grünliberalen auf, wieso der Umwandlungssatz von 6,4% ein zentrales Anliegen der Jungen ist und ein JA am 7. März 2010 unbedingt nötig ist.

Feindbild Rentenloch

Das Bild zeigt bereits: Wir Junge wollen kein Rentenloch stopfen! Wir wollen verhindern, dass überhaupt ein Rentenloch unsere Pensionskassen angreift.

Ein Rentenloch entsteht, wenn über längere Zeit ein zu hoher Umwandlungssatz angewendet wird. Die Rechnung ist einfach: Wir leben immer länger. Dies bedeutet auch, dass der über die Zeit in der Pensionskasse angesparte «Geldvorrat» ebenfalls länger reichen muss. Seit 1985, der Einführung des BVG, beziehen wir heute durchschnittlich über drei Jahre länger eine Rente.

Natürlich ist es sehr erfreulich, dass immer mehr Leute den verdienten Ruhestand länger geniessen dürfen. Andererseits müssen dafür auch die Variablen der 2. Säule, wie eben der Umwandlungssatz, diesen veränderten Bedingungen angepasst werden. Man kann dies mit einem Ausflug in die Wüste vergleichen. Stellen wir uns vor, dass wir einen Wasservorrat für eine 3-tägige Dünenwanderung mitnehmen. Wenn wir nun nach einem Tag merken, dass

die Wanderung insgesamt 5 Tage dauert, muss sofort reagiert werden! Schliesslich bekommt ein ernsthaftes Problem, wer für die letzten Wandertage in der Wüste kein Wasser mehr hat.

Dasselbe droht uns bei der Pensionskasse zu passieren. Der Umwandlungssatz von heute basiert auf einer Bezugsdauer, die in Wahrheit länger ist. Wenn nun die zu hohe Rente über längere Zeit als einberechnet ausbezahlt wird, fehlt irgendwann das Geld, um die weiteren Renten zu finanzieren. Es entsteht bildlich ein Loch in der Pensionskasse. Genau, ein Rentenloch!

2. Säule untergraben, da höhere Renten ausbezahlt werden, als eigentlich durch das eigene Kapital finanziert wären. Das entstehende Rentenloch wird über die aktive Generation finanziert. Dadurch entsteht eine unerwünschte, systemfremde Umverteilung auf Kosten der Jungen. Damit die 2. Säule nicht auf Kosten der jungen Generation ausgehöhlt wird und das 3-Säulen-System stabil bleibt, brauchen wir ein klares JA am 10. März 2010!

Junge wollen heute reagieren!

Wenn heute der Umwandlungssatz zu hoch belassen wird, wird vor allem die zukünftige Generation das Loch stopfen müssen. Das BSV hat errechnet, dass bereits heute jährlich 600 Millionen Franken nicht gedeckt sind. Dies wird so weitergehen. Mit 600 Millionen pro Jahr wird den Jungen ein rechter Brocken aufgeladen! Zusätzlich muss bedacht werden, dass noch diverse Sozialversicherungen verschuldet sind und auch die Schulden des Bundes finanziert werden müssen. Eine weitere Finanzierungslast würde daher die Generationensolidarität erheblich belasten.

Die Umverteilung zwischen den Generationen entspricht überhaupt nicht dem Sinn und Zweck der 2. Säule. Schliesslich soll die 2. Säule keine zweite AHV werden. Bei der AHV werden über die sogenannte Umlagefinanzierung die Renten direkt aus den Beiträgen der Aktiven bezahlt. Die 2. Säule jedoch ist so aufgebaut, dass jeder für sich selbst Beiträge einzahlt und ein Alterskapital aufbaut. Dieses Alterskapital wird auch während des Rentenbezugs am Kapitalmarkt angelegt. Somit sollte jeder Versicherte seine Rente bis zum Lebensende selbst finanzieren.

Mit einem zu hohen Umwandlungssatz wird dieser Gedanke der

OUPS!?

JA RENTENLOCH VERHINDERN

JA AM 7. MÄRZ

JA! Wir Jungen kämpfen für eine Anpassung des Umwandlungssatzes. Gib uns am 7. März Deine Stimme und verhindere das Rentenloch.

Logo: jungfreisinnige grünliberale SVP CVP

Nationales Jugendkomitee „Rentenloch-verhindern“ Postfach 1255 CH-8032 Zürich

Neuer Internetauftritt der FDP

Liberaler Politik mit frischem Gesicht



Anzeige

FDP. Die Liberalen will gegenüber den Schweizerinnen und Schweizern als einheitliche und geschlossene Organisation auftreten. Diskussionen über Themen, Aktualitäten und Ideen sind unser Alltagsgeschäft. Daher ist es im Hinblick auf die Wahlen 2011 besonders wichtig, dass wir als die liberale Kraft des Landes wahrgenommen werden. Mit dem neuen Corporate Design wurde der Grundstein für einen einheitlichen Auftritt gelegt. Nun soll auch unser Webauftritt dementsprechend angepasst werden.

Der neue, frischere Webauftritt der FDP widerspiegelt die liberalen Werte und wird mit interaktiven Elementen wie dem neuen Blog noch attraktiver für Besucher. Unsere Zielgruppen sind neben den Parteimitgliedern und Mandatsträgern die Medien und Politikinteressierte. Auch im Internet können

wir so noch besser ein breites Publikum ansprechen und es für die liberalen Ideen begeistern.

Die neue Website www.fdp.ch wird derzeit erarbeitet und wird spätestens im März noch übersichtlicher sein und auf innovative Art informieren. Ganz im Mittelpunkt stehen aktuelle News zu Pressekonferenzen, Medienmitteilungen, Wahlen und Delegiertenversammlungen. Auch die Hintergrundinformationen zu unseren Vertretern im Parlament und unserer Politik werden neu aufbereitet.

Die kantonalen und lokalen Websites, die in den kommenden Monaten ebenfalls die neue Gestaltung erhalten, bieten zusätzlich weiterhin die wichtigen Informationen der Kantonalpartei und Neuigkeiten zur Politik in der Region.

Pensionskasse für alle sichern. Rentendebakel verhindern.



Am 7. März

JA

zum fairen
BVG-Umwandlungssatz

www.faire-renten.ch

Politisches Komitee «Fairer Umwandlungssatz für sichere Renten», c/o Postfach 6136, 3001 Bern

Syrien – vielschichtiges Tor zum Nahen Osten

Eine Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates besuchte vor 2009 Syrien. Diese Destination wurde ausgewählt, weil das Land mit seiner wechselhaften Geschichte auch heute eine wichtige Rolle in dieser unruhigen Gegend spielt. Ein Erlebnisbericht.



Die Golanhöhen: umstrittenes Gebiet seit Jahrzehnten.

BILD: FOTOGRAF/PETER ARNOLD



Syriens Herrscher Bashar Al Assad.

BILD: IMAGO STOCK & PEOPLE

Peter Briner, Ständerat FDP. Die Liberalen SH

Syrien gilt als religiöses Mosaik und ist stolz auf diese Vielfalt und die geliebte Toleranz. Die Mehrheit der Syrer sind Sunniten, gefolgt von den Alawiten, Drusen und Ismailiten. Der Anteil der Christen liegt bei 10 bis 15 Prozent. Daneben existieren auch jüdische Gemeinden. Kirchtürme, Minarette und Synagogen nebeneinander in levantinischer Eintracht! Zwei Drittel der Sitze im Parlament sind für die National Progressive Front unter der Führung der Baath-Partei reserviert. Den Rest teilen sich parteilose und meist regimetreue Parlamentarier. Eine Opposition hat keine Chancen. Die Mitgliedschaft bei der Muslimbruderschaft steht gar unter Todesstrafe.

Besuch beim Präsidenten

Als Paradox erweist sich die aussenpolitisch-strategische Allianz des laizistischen syrischen Regimes mit dem islamistischen Iran und Organisationen wie dem Hizbullah und der Hamas im Ausland. In einer komplexen

Wechselbeziehung zwischen Innen- und Aussenpolitik werden aus nationalistischer Perspektive regional Kräfte unterstützt, die sich im Gegenzug strikte aus der syrischen Innenpolitik herauszuhalten haben.

Der Besuch beim jungen Präsidenten Bashar Al Assad vermittelte uns den Eindruck eines besonnenen, ja aufgeklärten (Allein-)Herrschers. Er und seine in Grossbritannien aufgewachsene Frau möchten das Land politisch und wirtschaftlich und in Bezug auf die Menschenrechte modernisieren. Sie gehen dabei, wie es scheint, sehr vorsichtig und schrittweise vor. Tief verwurzelte Traditionen in der Gesellschaft liessen sich nur behutsam verändern.

Kein Friede ohne Golan

Syriens Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten sind spannungsreich. Einzig mit der Türkei, dem Iran und seit kurzem mit Libanon sind sie einigermaßen einvernehmlich. Mit unverhohlener Feindseligkeit gegen Israel wird die Rückgabe der 1967 besetzten Golanhöhen (1295 km²) als Voraussetzung für einen Frieden gefordert. Die

Verbitterung richtet sich auch pauschal gegen den Westen. Nicht sie, die Syrer, könnten oder sollten das Problem lösen, sondern der «Westen», der ihnen das eingebrockt habe.

Eine riesige Herausforderung für Syrien sind zudem die palästinensischen Flüchtlinge. 1,2 Millionen Menschen aus dem Irakkrieg lagern an Syriens Ostgrenze, und gut 400 000 Palästinenser warten seit 60 Jahren auf ihre Rückkehr in ihre alte Heimat im heutigen Westjordanland. Uno-Hilfswerke mit sinnvoller Unterstützung der Deza in Logistik, Infrastruktur und Bildungswesen helfen die Not zu lindern. Eine Rückkehr nach Palästina nach 60 Jahren mutet als Fiktion an, zumal die Palästinenser für arabische Staaten so etwas wie ein Pfand sind. Die Betroffenen selbst glauben jedoch unerschütterlich daran und legen Wert darauf, dass ihre Wohnstätten nur «provisorisch» saniert werden...

Rolle als Katalysator

Syrien mit seiner insgesamt friedlichen und freundlichen Bevölkerung und seiner vielseitigen Kultur kann im

Nahost-Prozess eine Rolle als Katalysator bei der Befriedung zukommen. Einen Schritt dazu müssen die USA tun, indem sie ihre unselige Zuteilung Syriens zur «Achse des Bösen» zurücknehmen und auf Syrien zugehen. Ansätze dazu sind da. Des Weiteren sind Vermittlungsgespräche zur Rückgabe der Golanhöhen, für Israel heute nicht mehr von strategischer Bedeutung, wieder ernsthaft aufzunehmen. Und schliesslich muss Syrien selbst einen Schritt mehr dazu beitragen, mentale Stacheldrahtzäune zu schleifen. Dies, zusammen mit einem Ausbau des noch rudimentären privaten Sektors der Wirtschaft und dem Abbau seiner ungeheuren zentralisierten Bürokratie, würde für die Zukunft des Landes Gutes verheissen!



Peter Briner

Neuaufrichtung

Die FDP.Die Liberalen International in der Mauser

Nach der Wahl eines neuen Vorstandes möchte die FDP.Die Liberalen International mit einer Neuaufrichtung noch gezielter die liberalen Interessen international vertreten.

FDP.Die Liberalen International verabschiedete sich an der Generalversammlung im vergangenen September im Rahmen der Verleihung des Auslandsschweizerpreises eine Frischzellenkur. Einstimmig wurde eine Statutenänderung gutgeheissen, welche neben dem Vorstand neu einen Parlamentarierbeirat einsetzt. Die bisherigen im Vorstand sitzenden Parlamentarier wechselten in diesen Beirat. Ausserdem trat Markus Hutter nach vier Jahren als Präsident zurück, und Francine Asmis legte nach 16 Jahren ihr Vorstandsamt nieder. Beiden sei auch an dieser Stelle nochmals für den langen und engagierten Einsatz gedankt.

Neben Rudolf Wyder und Stefan Brupbacher (bisher) wurden Helen Freiermuth, François Baur und als Präsidentin Annette Schömmel neu in den Vorstand gewählt. Diese Wahl spiegelt die Ambitionen der FDP.Die Liberalen International für eine graduelle Neuaufrichtung wider.

Auslandsschweizer und neue Fokusgruppen ansprechen

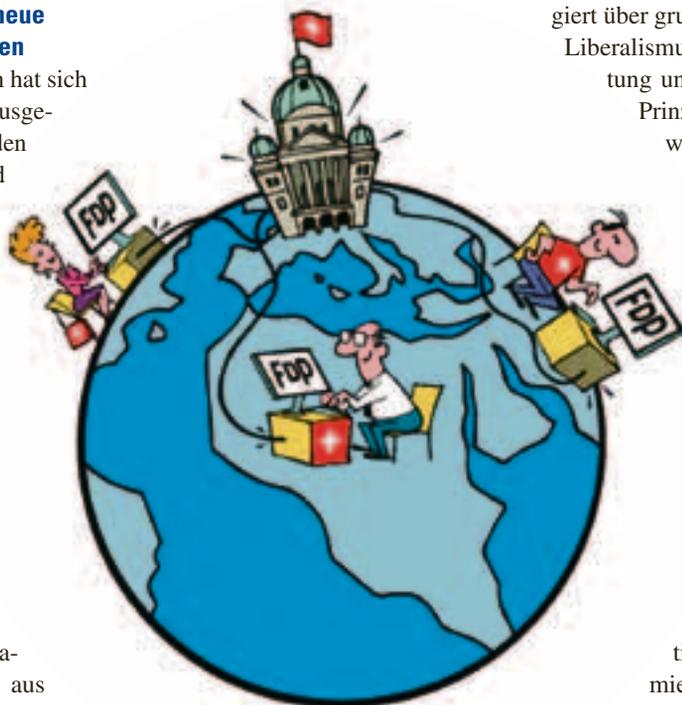
In seinen ersten Sitzungen hat sich der Vorstand klar dafür ausgesprochen, den Kontakt zu den Mitgliedern im In- und Ausland zu intensivieren. Mit Hilfe der modernen Kommunikationsmittel (E-Mails, Website, Facebook usw.) soll ein regelmässiger Meinungs-austausch gepflegt werden.

Der Vorstand möchte zudem den Kontakt zu weiteren Gesellschaftsgruppen herstellen, welche dem Gedankengut des Liberalismus nahestehen, aber aus verschiedenen Gründen keinen Zugang zu klassischen Partei- und Organisationsformen der FDP.Die Li-

beralen haben (wollen). Fokusgruppen sind neben Auslandsschweizern urbane Nonkonformisten, dem liberalen Gedankengut nahestehende in der Schweiz ansässige Ausländer/-innen oder Personen, die sich selbst als apolitisch bezeichnen, dem liberalen Gedankengut aber dennoch aufgeschlossen gegenüberstehen.

Projekt Plattform-Liberalismus

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Ereignisse in der Schweiz und der übrigen Welt scheint ein echtes Bedürfnis zu bestehen, sich wieder grundsätzlichen Fragen und Werten des Liberalismus zu stellen. FDP.Die Liberalen International hat deshalb das Projekt Plattform-Liberalismus ins Leben gerufen: ein unabhängiger Ort für den Dialog, die Debatte, den Diskurs zur Bedeutung und Funktion von liberalen Ideen in unserer Welt und in unserem Alltag. Ein erstes Treffen mit ausgewählten Personen aus den erwähnten Fokus-



Ihre Ansprechpartner im Vorstand:

Annette Schömmel, Präsidentin, Rüschlikon	neu
annette.schoemmel@arthesia.com	
Helen Freiermuth, Jinan/Chinaneu	neu
HelenFreiermuth@aol.com	
François Baur, Basel und Brüssel	neu
francois.baur@economiesuisse.ch	
Rudolf Wyder, Bern	bisher
wyder@aso.ch	
Stefan Brupbacher, FDP-Generalsekretär	bisher
brupbacher@fdp.ch	

Mitglieder des Parlamentarierbeirats:

Peter Briner, Ständerat Schaffhausen
Martine Brunschwig Graf, Nationalrätin Genf
Corina Eichenberger, Nationalrätin Aargau
Doris Fiala, Nationalrätin Zürich
Christa Markwalder, Nationalrätin Bern

gruppen fand am 7. Dezember 2009 im Cabaret Voltaire in Zürich statt. Um die 30 Teilnehmer diskutierten engagiert über grundsätzliche Fragen zum Liberalismus, zur Selbstverantwortung und die Bedeutung dieser Prinzipien für den Alltag. Ein weiteres Treffen im Rahmen dieser Plattform ist für den 11. Februar 2010 geplant.

Ausbau der Kommunikationsmittel

Ein weiterer Schwerpunkt wird die verbesserte Kommunikation mit Mitgliedern und Interessierten sein. Wir wollen, dass Sie über das politische Geschehen informiert sind. Gleichzeitig möchten wir erfahren, welche Themen für Sie relevant sind. Dazu ist eine Internetplattform und der Aus-

bau Informationsdienst geplant. Vorerst finden Sie die wichtigsten Informationen auf unserer Website www.fdp-international.com. Profitieren Sie auch vom kostenlosen Abonnement für den wöchentlichen Pressedienst! Anmeldung auf www.fdp.ch.

Interessiert? Kommunikation ist keine Einbahnstrasse – der Vorstand ist davon abhängig, Ihre Meinung zu kennen. Bitte stellen Sie sicher, dass wir Ihre E-Mail-Adresse kennen! Wir freuen uns darauf, mit Ihnen zusammenzuarbeiten und die Zukunft unserer Partei und der Schweiz mitzugestalten.

Ihre Fragen oder Anregungen richten Sie bitte direkt an die Vorstandsmitglieder oder an

FDP.Die Liberalen International
Samuel Lanz
Postfach 6136, CH-3001 Bern
Tel +41 31 320 35 35
Fax +41 31 320 35 00
info@fdp-international.ch

Delegiertenversammlung

«Verantwortung übernehmen»

An der FDP-Delegiertenversammlung vom 23. Januar 2010 richtete Fulvio Pelli auch klare Worte an die Wirtschaft. Ein Auszug aus der Rede.



Parteipräsident Fulvio Pelli



Bundesrat Didier Burkhalter



Die Delegierten treffen klare Entscheide.

Wer privilegiert ist, hat mit gutem Beispiel voranzugehen und die Pflicht, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Gegen Verteufelung

In der Schweiz wurden auch auf Druck unserer Partei die Lohnsysteme rascher als irgendwo sonst angepasst. Das ist positiv. Deshalb hat die FDP sich auch 2009 mit gutem Gewissen als einzige Partei gegen die Verteufelung der Finanzbranche gewehrt. Wir haben eine Finanzmarktstrategie für die Neugestaltung dieser Branche beschlossen. Und deshalb wehren wir uns gegen illusorische Sondersteuern auf Boni, staatliche Lohnobergrenzen und die Zerschlagung der Grossbanken.

Doch unsere Unterstützung hat Grenzen. Diese Grenze würde überschritten, wenn die Millionenboni der Banker in London erhöht und so die britische Boni-Steuer von den Banken bezahlt werden. In die richtige Richtung geht hier die Credit Suisse mit ihrer Ankündigung, ihre Boni weltweit um 5% und in London um 30% zu reduzieren. Schweizer Aktionäre und Steuerzahler dürfen nicht für die Lohnexzesse und Sondersteuern jenes

Finanzplatzes zahlen, der uns seit Jahren politisch unter Druck setzt.

Boni: eine Sackgasse

Der jährliche Wettkampf der Topverdiener einer Handvoll Grossunternehmen zwischen Basel und Zürich um die höchsten Millionenboni zerstört das Vertrauen der Bevölkerung in eine liberale Wirtschaftsordnung. Noch schlimmer sind exzessive Boni bei Unternehmen, die Verluste schreiben oder deren Gewinne nur dank vom Staat künstlich tief gehaltener Zinsen möglich wurden. Dieser Vertrauensverlust ist gefährlich für unsere Willensnation Schweiz mit ihrer direkten Demokratie.

Ohne dieses Vertrauen werden die Sozialversicherungen nicht reformiert. Oder es droht die Minder-Initiative angenommen zu werden, was Grossunternehmen und mit ihnen ein Drittel der Beschäftigten, ein Drittel der Steuern und zwei Drittel der Exporte verjagt. Die FDP hat zu Minder klar «Nein» gesagt. Vielleicht wird es einen Gegenvorschlag des Parlaments geben. Doch ein Gegenvorschlag ist in einer Abstimmung wirkungslos, wenn das Vertrauen der Bevölkerung in die Wirtschaft fehlt.

Vertrauen zurückgewinnen

Parallel zur Parlamentsarbeit müssen die Unternehmen Vertrauen zurückgewinnen. Viele haben zwar ihre Hausaufgaben gemacht, doch jene, die nicht hören und handeln wollen, stehen im Rampenlicht. Für diese wenigen Unternehmen und ihre Chefs zahlt die ganze Wirtschaft.

Wir fordern deshalb auch diese Entscheidungsträger auf, Verantwortung für das Erfolgsmodell Schweiz zu übernehmen:

- Erstens müssen die neuen Finma-Lohnvorschriften konsequent ange-

wendet werden. Banken sollen in Eigenkapital statt in Boni investieren und sich für die nächste Finanzkrise vorbereiten!

- Zweitens sollen börsenkotierte Unternehmen – nicht nur Banken – von sich aus und rasch ihre Aktionäre über den Entschädigungsbericht und das Entschädigungssystem abstimmen lassen. Sollen die Aktionäre entscheiden, wie der Gewinn zwischen Reserven, Dividenden und Boni verteilt wird.

Entscheide der Delegiertenversammlung**Gesundheitspolitik**

Die FDP-Delegierten verabschiedeten ein Strategiepapier zum Gesundheitssystem mit 11 konkreten Massnahmen. Wir wollen die Qualität unseres Gesundheitssystems erhalten und die Kostenexplosion dämpfen.

Parolen für die Volksabstimmungen vom 7. März

Die rund 300 Delegierten haben folgende Abstimmungsparolen getroffen:

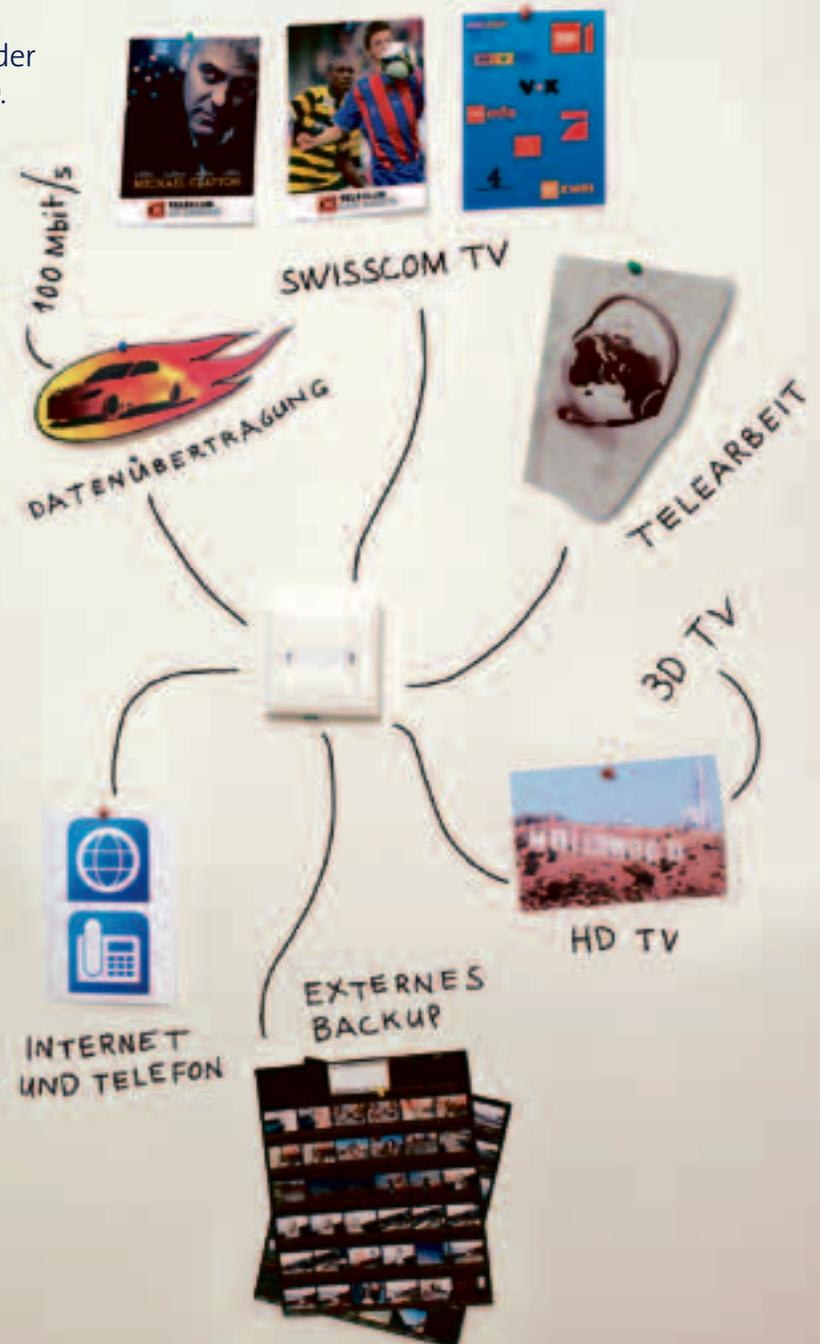
- JA zur Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes (mit nur 3 Gegenstimmen)
- JA zum Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen (mit nur 2 Gegenstimmen)

Glasfaser

Das Netz der Zukunft

Wir bringen Glasfaser in Ihr Wohnzimmer.
Damit Sie mit Lichtgeschwindigkeit im Internet
surfen können.

Mehr erfahren Sie im Internet
unter www.swisscom.ch/fibre oder
an unserer Hotline **0800 800 800**.



swisscom